

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Wintersession 2025

Session d'hiver 2025

Sessione invernale 2025

Stand / état / stato: 12.12.2025

Fragestunde vom 15.12.2025 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 15.12.2025** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 15.12.2025** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Bundeskanzlei

25.8116	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Bundesrats-App: Wohin geht die Reise?	Bundesrats-App: - Was unternimmt der Bundesrat, damit er nicht seinerseits Behördenpropaganda macht und die Bevölkerung selektiv und willkürlich informiert? - Warum ist der Bundesrat der Ansicht, dass er «Desinformation» bekämpfen müsse, und wie will er das konkret tun? - Erachtet der Bundesrat die Medien als unzuverlässig und kritische Berichterstattung als lästig, oder weshalb baut er einen eigenen Informationskanal auf? - Hält der Bundesrat so wenig von der vierten Macht der Medien?
25.8172	DE FR IT	Fra. Tschopp. Unterschriften-Bschiss: Wie viele Beschwerden oder Strafanzeigen sind noch nötig, damit verbindliche Massnahmen ergriffen werden?	Am 3. Dezember 2025 reichte die Bundeskanzlei (BK) eine fünfte Strafanzeige wegen Wahlfälschung ein. Betroffen sind fünf Volksinitiativen und 9 500 Unterschriften. Laut BK wurden in drei Jahren 31 000 Unterschriften gefälscht. Diese Vorfälle untergraben das Vertrauen der Bevölkerung. Lediglich ein freiwilliger Verhaltenskodex ist vorgesehen, um die Sammeltätigkeit von Unternehmen zu regeln. Wie viele Strafanzeigen sind noch erforderlich, bis die BK angesichts dieser Verdachtsfälle verbindliche Massnahmen vorschlägt?

25.8197	DE FR IT	Fra. Gysin Greta. Unterschiedliche Praxis bei Unterschriften mit gleicher Handschrift: Ungleichbehandlung bei gleicher Rechtsgrundlage?	Im Sommer 2025 akzeptierte die Bundeskanzlei – unter Berufung auf das Verhältnismässigkeitsprinzip – Unterschriften als gültig, die von einer kommerziellen Tessiner Firma gesammelt und in einer einzigen Handschrift eingetragen worden waren. Seit Oktober 2025 werden hingegen Einträge in derselben Handschrift, die von Privatpersonen aus derselben Familie stammen und denen keinerlei betrügerische Absicht zugrunde liegt, systematisch für ungültig erklärt – dies gestützt auf dieselbe Rechtsgrundlage. Wie rechtfertigt der Bundesrat diese Tatsache? Sieht er darin nicht eine Ungleichbehandlung?
25.8213	DE FR IT	Fra. Glättli. Auskunftsrecht und Rechtsmittel bei durch die Bundeskanzlei ungültig erklärten Initiativ-/Referendums-Unterschriften?	Die BK kommunizierte am 12.11.25, sie erkläre alle Unterschriften für ungültig, wenn mehrere Namen und Vornamen von der gleichen Person eingetragen wurden, aber je eigenhändig unterschrieben wurde. Die Ungültigkeitserklärung durch die BK wird den Betroffenen nicht mitgeteilt. - Haben Betroffene nach Auffassung des BR Recht auf Auskunft über die definitive Un-/Gültigkeit ihrer Unterschrift? - Könnten sie Stimmrechtsbeschwerde erheben? Insbesondere bei Nichtzustandekommen der Initiative/des Referendums?
25.8245	DE FR IT	Fra. Steinemann. Praxisänderung bei den Volksrechten II	Zu 25.7935 sind noch Fragen offen: - Wie viele Unterschriften wurden in den letzten Monaten aussortiert? - Wie wird mit Unterschriften umgegangen, die vor der Überarbeitung der Weisung (die faktisch eine Verschärfung der Praxis bedeutet) gesammelt, aber danach eingereicht wurden? - Wie viele Unterschriften wären nach bisheriger Praxis gültig gewesen und sind es jetzt durch die Weisung nicht mehr? - Hat der Bundesrat die Weisung abgesegnet? Wenn ja, wann? Wenn nein, weshalb wurde sie ihm nicht vorgelegt?

Justiz- und Polizeidepartement

25.8112	DE FR IT	Fra. Wyssmann. In wie vielen Fällen hat das Bundesgericht einstimmig geurteilt?	Nach Art. 58 Abs. 1 lit. b i.V.m. Art. 59 Abs. 1 BGG findet eine öffentliche Urteilsberatung statt, wenn sich keine Einstimmigkeit ergibt. - In wie vielen Fällen hat das Bundesgericht in den letzten 10 Jahren einstimmig geurteilt (prozentualer Anteil)? Bei dieser auffallend hohen Quote von Einstimmigkeit: - Wie beurteilt der Bundesrat die Einführung einer grundsätzlichen Einzelrichterkompetenz, so dass das Bundesgericht nur in Mehrfachbesetzung urteilt, wenn der Einzelrichter dies beantragt?
---------	--	--	---

25.8113	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Wie hoch ist der Anteil der angeordneten und vollzogenen Landesverweisungen?	"Landesverweisungen 2024: Über zwei Drittel vollzogen" - so der Titel einer Medienmitteilung des SEM vom 01.12.2025. Von 2446 Personen mit vollziehbarer Landesverweisung hätten bis Mitte 2025 69% die Schweiz verlassen. - In wie vielen Fällen, die eine obligatorische Landesverweisung vorsehen, wurde eine solche in den letzten fünf Jahren (2020-2024) angeordnet UND vollzogen? - In wie vielen Fällen wurde eine Landesverweisung nicht angeordnet ODER die angeordnete Landesverweisung nicht vollzogen?
25.8114	DE FR IT	Fra. Calame. Verstösse durch Asylsuchende in den öffentlichen Verkehrsmitteln	Die Bundesasylzentren erhalten täglich Dutzende Meldungen über Verstösse im öffentlichen Verkehr, die von Asylsuchenden begangen werden. - Wie viele Meldungen gehen im Bundesasylzentrum Boudry pro Woche ein? - Wie gross ist der Anteil der Fälle, bei denen eine falsche Identität angegeben wurde? - Wer trägt die Kosten für die anfallenden Bussen? - Wie hoch ist der jährliche Verlust für die SBB und für private Verkehrsbetriebe durch nicht bezahlte Bussen? Welche Massnahmen plant der Bundesrat, um die Zahl dieser Verstösse zu verringern?
25.8117	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Konzernverantwortung - weltfremder Bundesrat?	1. Warum plant der Bundesrat neue Vorgaben zur Konzernverantwortung, während die EU ihr eigenes Modell gerade massiv zurückbaut und damit sogar die regulierungsfreudige EU zeigt, dass solche Regeln nicht zielführend sind? 2. Weshalb verzichtet der Bundesrat nicht vollständig auf neue Regeln und fokussiert stattdessen darauf, Schweizer Unternehmen in der aktuellen Lage spürbar zu entlasten und damit die bereits bestehenden Regeln anzupassen?
25.8122	DE FR IT	Fra. Vontobel. Auswahlkriterien Gaza-Kinder	Die Schweiz hat 20 verletzte Kinder aus Gaza aufgenommen. Gemäss Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ, Art. 6) hat die Öffentlichkeit Anspruch auf Transparenz. 1. Welche spezifischen Verletzungen und medizinischen Diagnosen weisen diese Kinder auf? 2. Trifft es zu, dass bei dem Kind, das ins Kantonsspital Bellinzona eingeliefert wurde, kein medizinischer Handlungsbedarf festgestellt wurde, weil die Brandwunden, wegen denen es in die Schweiz gebracht wurde, bereits verheilt waren?
25.8125	DE FR IT	Fra. Egger Mike. EU-Schutzklausel - alles andere als ein Feuerlöscher	Herr Schwab äusserte sich in seiner Funktion als Präsident der EU- Delegation für die Schweiz in der NZZ, dass er die Auslösung der Schutzklausel erst bei einer Arbeitslosigkeit von über 50% in einer Branche sehe und dass ein solcher Fall in den nächsten zwanzig Jahren kaum eintreten werde. Wie erklärt der BR den Nutzen der Schutzklausel, wenn deren Einsatz laut EU in absehbarer Zeit als ausgeschlossen gilt und ist es nicht irreführend, dass BR Jans die Klausel als «Feuerlöscher» bezeichnete?

25.8143	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. EU-Verträge: Wirkungslose Schutzklausel	Der deutsche Abgeordnete Andreas Schwab sagte in der NZZaS vom 7.12.2025, dass es in gewissen Branchen eine Arbeitslosigkeit von über 50 Prozent brauche, damit die Schutzklausel ausgelöst werden kann. 1. Teilt der Bundesrat die Einschätzungen von Andreas Schwab, der die Delegation des EU-Parlaments für die Schweiz präsidiert? 2. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass die Schutzklausel ein Papiertiger ist und versteht er die grosse Skepsis der Bevölkerung gegenüber der wenig wirk-samen Schutzklausel?
25.8132	DE FR IT	Fra. Rosenwasser. Intergeschlechtlichkeit anerken-nen	Im Kontext des Postulats 23.3501 und darüber hin-aus wurde erneut die Diskussion eines 3. Ge-schlechtseintrags lanciert: Dabei geht unter, dass ein 3. Geschlechtseintrag auch intergeschlechtliche Per-sonen betreffen würde. - Anerkennt der Bundesrat die wissenschaftlich un-bestrittene Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung anatomisch, chromosomal oder hormonell interge-schlechtlich ist? - Wie rechtfertigt der Bundesrat diesen Personen ge-genüber, dass es in der Schweiz keinen 3. Ge-schlechtseintrag gibt?
25.8135	DE FR IT	Fra. Glarner. 1 Million Afghanen warten ... was unternimmt der Bundesrat?	Gemäss Angaben der deutschen Bundesregierung befinden sich rund eine Million Afghanen in Deutsch-land. Wenn diese - wie geplant - finanziell etwas schlechter gestellt werden, läuft die Schweiz Gefahr, dass ein guter Teil dieser Menschen in die Schweiz zieht. Was unternimmt der Bundesrat, um dies zu verhin-dern - was, um gegen einen solchen Ansturm auf un-sere Grenzen gewappnet zu sein?
25.8171	DE FR IT	Fra. Tschopp. Welcher Schutz für die Hazara-Gemeinschaft und andere ver-folgte Minderheiten in Afghanis-tan?	Seit dem 15. April 2025 nimmt das Staatssekretariat für Migration Rückführungen nach Afghanistan wie-der auf. Diese Praxisänderung betrifft volljährige und gesunde Afghaninnen und Afghanen, die allein in der Schweiz leben. Die Änderung enthält keine Bezug-nahme auf die Minderheiten, die vom Taliban-Re-gime verfolgt werden, das die UNO als terroristisch eingestuft hat. Welche Garantien kann der Bundesrat geben, dass diese Praxisänderung nicht die Hazara-Gemein-schaft und andere in Afghanistan verfolgte Minder-heiten betrifft?
25.8174	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Geht von der Muslimbruder-schaft eine Gefahr für die Schweiz aus?	Sicherheitsexpertinnen und -experten warnen immer wieder vor der Muslimbruderschaft und ihren Aktivitä-ten in der Schweiz. Europäische Staaten wie zB. Deutschland, Frankreich, Österreich und Grossbri-tannien haben bereits Massnahmen gegen die Mus-limbruderschaft ergriffen. 1. Ist der Bundesrat bereit, die Rolle und die Aktivitä-ten der Muslimbruderschaft in der Schweiz zu prü-fen? 2. Ist der Bundesrat bereit, gegebenenfalls Massnah-men zu ergreifen?

25.8183	DE FR IT	Fra. Haab. Abkommen EU/CH - Familien- nachzug nach Schneeballprinzip	In Zusammenhang mit den neuen Unionsbürgerricht- linien stellen sich folgende Fragen: - Können von Angehörigen, die von einem EU-Bür- ger mit Arbeitnehmerstatus nachgezogen wurden, auch deren Angehörige erleichtert einreisen, falls die nachziehende Person 5,5 Stunden pro Woche arbei- tet und Sozialhilfe bezieht? - Und vom neu Zugezogenen Angehörigen dessen Angehörigen unter denselben Bedingungen auch wieder?
25.8189	DE FR IT	Fra. Steinemann. Kindeswohl und gewalttätige De- monstrationen: Handlungsbe- darf?	Im Rahmen der unbewilligten Palästina-Demo in Bern vom 11. Oktober 2025 mit 18 verletzten Polizis- ten wurden im Polizeikessel 23 Minderjährige mitge- führt, teils von den Eltern. - Hat der Bundesrat Kenntnis über die Anzahl Ge- fährdungsmeldungen gemäss Art. 314d ZGB? Ver- letzt die Exponierung von Kindern mit Gas, Feuer und Steinen an extremistischen Ausschreitungen die Fürsorgepflicht? - Ist eine Anpassung der KESB-Gesetzgebung ange- zeigt?
25.8193	DE FR IT	Fra. Steinemann. Vollständiges Bild zu den Lan- desverweisungen	Dem veröffentlichten Bericht des Bundesrates vom 1. Dezember 2025 zu den Landesverweisungen 2024 ist nicht zu entnehmen, wie viele der ausländischen Personen mit Landesverweisung bereits zuvor illegal in der Schweiz waren. Der Bundesrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, wie viele illegale ausländische Personen 2024 einen Landesverweis erhielten, wie viele davon Kriminal- touristen sind und wie viele fakultative Landesverwei- sungen legal Anwesende betrafen.
25.8207	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Was unternimmt der Bund gegen illegale Online-Spiele?	Trotz gesetzlicher Zugangssperren können illegale Online-Geldspiele weiterhin relativ einfach umgan- gen werden. - Was unternimmt der Bundesrat, um die Wirksam- keit dieser Sperren zu erhöhen? - Wie hoch schätzt er die jährlichen Einnahmever- luste für den Bund durch nicht bewilligte Online-Geld- spielangebote? - Welche Erkenntnisse liefert die ESBK hierzu?
25.8218	DE FR IT	Fra. Steinemann. Tragweite des Antirassismus-Ar- tikels	Wenn jemand aus der Schweiz auf Facebook schreibt: «Wenn man die LGBTQI! nach 200 Jahren ausgräbt, wird man anhand der Skelette nur Mann und Frau finden. Alles andere ist eine psychische Krankheit, die durch den Lehrplan hochgezogen wurde!» Im Sinne eines Kurz-Rechtsgutachtens des Bundes- amtes für Justiz bzw. des Bundesrates: Fällt diese Aussage unter die derzeit geltende Norm von Art. 261bis StGB?

25.8236	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Geplante EU-Vertragspakete: Bis heute nicht geklärte Auswirkungen auf die Schweiz	Kann der Bundesrat ausschliessen, dass auf Grund der geplanten EU-Pakete in Krisenzeiten und / oder im Falle einer Überforderung resp. Überlastung der Nachbarländer (Beispiel Pandemie) die Schweiz, bestimmte Kantone oder Gemeinden gezwungen werden können, ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland aufnehmen resp. versorgen zu müssen? Falls ja, mit welcher Begründung? Falls nein, mit welchen Beschränkungen und Folgen?
25.8241	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Neue FZA-Schutzklausel: Wieso kein Schiedsgericht bei schwerwiegenden sozialen Problemen?	Mit den neuen EU-Verträgen wird die bisherige Schutzklausel angepasst. Neu sind für ihre Aktivierung schwerwiegende wirtschaftliche oder soziale Probleme erforderlich, die auf die Anwendung des Abkommens zurückzuführen sind, d.h. auf die EU/EFTA-Zuwanderung. Fasst der Gemischte Ausschuss keinen Beschluss, kann die Schweiz bei schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen das Schiedsgericht anrufen (Art. 14a Ziff. 2 ÄP-FZA) - bei schwerwiegenden sozialen Problemen aber nicht. Ist das richtig? Wieso?
25.8261	DE FR IT	Fra. Schläfli Nina. Incel-Extremismus in der Schweiz	Kürzlich wurde bekannt, dass es sich beim Täter der Amokfahrt in Amriswil vom 11.09.2020, bei der zwei junge Frauen schwer verletzt wurden, um sog. Incel-Extremismus handelt. Aus der Berichterstattung geht hervor, dass das fedpol die Gefährdungslage nicht systematisch beobachtet, obwohl sich die Incel-Problematik auch in der Schweiz in den letzten Jahren verschärfte - u.a. wegen mangelndem politischem Auftrag. - Warum ist das so? - Plant der Bundesrat in Zukunft eine Beobachtung der Gefährdungslage?
25.8262	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Gaza-Kinder in der Schweiz: Aufenthalt, Betreuung und Rückkehr	Im Rahmen ihrer humanitären Aktion hat die Schweiz insgesamt 20 verletzte Kinder und 78 Begleitpersonen aus dem Gaza-Streifen evakuiert. 1. Wie viele Personen haben nach ihrer Einreise in die Schweiz bereits ein Asylgesuch gestellt? 2. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um sicherzustellen, dass die Personen nach Abschluss der medizinischen Behandlung wieder in ihre Heimat zurückkehren? 3. Mit welchen Gesamtkosten rechnet der Bundesrat für die Aufnahme, medizinische Betreuung und Versorgung?
25.8264	DE FR IT	Fra. Fischer Benjamin. Auswirkungen der Änderungen im FZA im Rahmen des geplanten EU Pakets	Neu soll gestützt auf das ÄP zum FZA der Familiennachzug für pflegebedürftige Angehörige erleichtert werden. 1. Wie hoch schätzt der Bund die zusätzlichen jährlichen Gesundheitskosten für Krankenversicherer und Kantone für neu einreisende pflegebedürftige Angehörigen? 2. Haben diese direkt ab Einreise ein Anrecht auf Prämienverbilligung? 3. Können auch Drittstaatsangehörige pflegebedürftige Angehörige erleichtert einreisen und erhalten diese das Daueraufenthaltsrecht nach 5 Jahren?

25.8266	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Gaza-Kinder: Vollständige Transparenz schaffen! (Zweiter Versuch)	In Beantwortung von 25.8085 gab der Bundesrat zur Auskunft, insgesamt seien 98 Personen aus Gaza in die Schweiz eingeflogen worden: 62 Kinder und 36 Erwachsene. Auskünfte zum Alter wurden aus nicht nachvollziehbaren daten- und persönlichkeitsrechtli- chen Gründen verweigert, obwohl nicht nach Name, Vorname, Adresse oder Geburtsdatum gefragt wurde. Daher die Nachfrage: 1. Wie viele Kinder sind unter 12 Jahren? 2. Wie viele Kinder sind zwischen 12 und 15 Jahren? 3. Wie viele Kinder sind über 15 Jahren?
25.8286	DE FR IT	Fra. Aeschi. Ausschaffungs-Schlendrian: Ausschaffungs-Initiative von 2010 noch immer nicht umge- setzt!	Gemäss Antwort auf die Frage 25.8110 sowie den Berichten in NZZ am Sonntag «Die Deutschschweiz vollzieht Landesverweise konsequenter als die West- schweiz» und Blick «Ausschaffungs-Schlendrian: Ro- mandie zeigt Herz für kriminelle Ausländer» wird die Ausschaffungs-Initiative (09.060) noch immer nicht umgesetzt. - Was unternimmt der Bundesrat, damit die Vollzugs- quoten in allen Kantonen 100 % erreichen? - Sind Kürzungen beim Finanzausgleich (NFA) eine Option? Bis wann sind Verbesserungen zu erwarten?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

25.8123	DE FR IT	Fra. Molina. Neue nationale Sicherheitsstra- tegie der USA	In ihrer neuen nationalen Sicherheitsstrategie be- zeichnen die USA Europa als im Prozess der «zivilis- atorischen Auslöschung» begriffen, drohen damit, sich in die Demokratien europäischer Staaten einzu- mischen, und bezeichnen europäische NATO-Staa- ten als «bald nicht mehr bündnisfähig». - Welchen Beitrag zum Schutz der europäischen De- mokratien sieht der Bundesrat vor? - Was unternimmt er, um die Schweizer Demokratie zu schützen? - Ist er der Meinung, dass das transatlantische Bünd- nisversprechen Bestand hat?
25.8128	DE FR IT	Fra. Molina. F-35: Wann entscheidet der Bundesrat endlich über das wei- tere Vorgehen in diesem Be- schaffungsskandal, und wie viel hat er für die ersten vier Jets be- zahlt?	Im August kündigte der Bundesrat an, Optionen be- züglich des weiteren Vorgehens bezüglich F-35 bis Ende November 2025 zu prüfen. Inzwischen hat er gemäss Medienberichten den Vertrag für die ersten acht F-35-Kampfflugzeuge der Charge Nr. 19 unter- zeichnet. - Weshalb unterzeichnet das VBS Verträge, als wäre nichts gewesen, noch bevor die Evaluation dem Par- lament vorliegt? - Wie viel hat die Schweiz für die ersten acht Jets be- zahlt? - Bis wann informiert der Bundesrat die Öffentlich- keit?

25.8145	DE FR IT	Fra. Zryd. P320 Pistole des US-Herstellers SIG Saurer mit Sicherheitsri- siko?	Armasuisse will die P320 Pistole des US-Herstellers SIG Saurer beschaffen, von der sich ohne Betäti- gung des Abzuges immer wieder Schüsse lösen. 1. Wie viel kostet die Beseitigung dieses Sicherheits- risikos und wer steht dafür in der finanziellen Verant- wortung? 2. Wird vom Hersteller eine Produkthaftungspflicht ein- gefordert? 3. Wie garantiert armasuisse ein Null-Risiko? 4. Wie hoch wird das Risiko eines Unfalles mit der Pistole bei einer Milizarmee eingestuft (da Wehr- pflichtige od. ehemals Wehrpflichtige diese auch nach Hause nehmen)?
25.8169	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Neue Armeepistole: Wieso wird erneut ein Schweizer Unterneh- men übergangen?	Der Milliardenauftrag der SBB für neue Doppelstock- züge geht nicht an Stadler Rail, sondern an die deut- sche Siemens. Dasselbe wiederholt sich nun bei Ar- masuisse: Als neue Pistole für die Schweizer Armee wurde die technisch umstrittene amerikanische SIG Saurer P320 ausgewählt, obwohl mit der Pistole von Bubits Arms eine innovative und technisch überle- gene Schweizer Alternative zur Verfügung steht. Wieso wird auch dieser Auftrag ins Ausland verge- ben und erneut ein Schweizer Unternehmen über- gangen?
25.8175	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Beschaffung der P320 Pistole von SIG Saurer durch ar- masuisse	armasuisse will die P320 Pistole des US-Herstellers SIG Saurer beschaffen, obschon sie (anders als die Konkurrenz) nicht alle «Muss-Kriterien» erfüllt. - Welche «Muss-Kriterien» werden nicht erfüllt? - Warum wurde die P320 nicht als truppentauglich eingestuft? - Wie viele industrielle Arbeitsplätze hat die SIG Neu- hausen heute? - Wie hoch sind die Zusatzkosten, um für die P320 eine neue Industrie aufzubauen? - Lohnt sich das für ein minderwertiges Produkt, das kaum andere Abnehmer finden dürfte?
25.8178	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. US-Regierung und Lockheed Martin einigen sich auf Lot 19 - die ersten acht F-35A der Schweiz sind davon Teil	Am 29.9.2025 unterschrieben Pentagon und Lock- heed Martin den F-35-Liefervertrag für Lot 18 +19. - Hatte der Bundesrat Einblick? - Es geht um einen «fixed-price incentive (firm-tar- get), firm-fixed-price, cost-plus-fixed-fee» Vertrags- typ: Was bedeutet das? - Um wie viel höher sind die Kosten als im LOA von 2022 geschätzt? - Für das F-35-Triebwerk schliessen Pentagon und Pratt & Whitney den Lot-19-Vertrag erst im Frühjahr 2026 ab: Stehen erst dann die Kosten für die ersten acht F-35 der Schweiz fest?

25.8180	DE FR IT	Fra. Müller Leo. Will der Bundesrat tatsächlich Jugendvereine beüben?	Offenbar müssen Vereine in ihren Statuten Amtszeitbeschränkungen und Geschlechterquoten aufnehmen, um nicht das Risiko des Verlustes von J+S-Beiträgen einzugehen. Der Bundesrat beschwichtigt mit grosszügigen Übergangsfristen. - Ist der Bundesrat bereit, definitiv auf die Anordnung von Auflagen betreffend Amtszeitbeschränkung, Geschlechterquoten und weiteren ähnlichen Auflagen zu verzichten? - Müsste der Bundesrat nicht froh sein, dass sich Jugendliche engagieren und sie nicht unsinnig belasten?
25.8201	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Drohnenvorfall in Laufenburg - kritische Infrastrukturen besser schützen?	Im Oktober wurde in Laufenburg eine unbekannte Drohne mit einer Spannweite von 2,5m gesichtet. Also dort, wo sich mit dem Stern von Laufenburg eine für die Stromversorgung sehr bedeutende Anlage befindet. 1. Wie können Infrastrukturbetreiber, Polizei und Armee im Ernstfall auf solche Vorfälle reagieren? 2. Besteht Handlungsbedarf, um kritische Infrastrukturen besser zu schützen? 3. Sollte es Infrastrukturbetreibern ermöglicht werden, Drohnen mit technischen Mitteln zur Landung zu zwingen?
25.8209	DE FR IT	Fra. Vontobel. Samidoun: Risiken und Präsenz in der Schweiz (1)	Der Bundesrat bestreitet in seiner Antwort zur Interpellation 25.3461, dass Samidoun in der Schweiz Gewaltakte begangen oder dazu aufgerufen hat. Wie beurteilt er den Auftritt von Charlotte Kates am 24.10.25 in Genf, bei dem sie auf die Anschläge von Palestine Action in UK verwies und erklärte, Schweizer Aktivisten sollten sich daran orientieren?
25.8210	DE FR IT	Fra. Vontobel. Samidoun: Risiken und Präsenz in der Schweiz (2)	Der Bundesrat bestreitet in seiner Antwort zur Interpellation 25.3461, dass Samidoun in der Schweiz Gewaltakte begangen oder dazu aufgerufen hat. - Kann er eine Beteiligung oder einen Gewaltaufruf durch Samidoun an der Bern-Demo vom 11.10.25 sicher ausschliessen? - Kann er ausschliessen, dass Samidoun seit dem Verbot in Deutschland Aktivitäten oder Personen in die Schweiz verlagert hat?
25.8237	DE FR IT	Fra. Strupler. Ist Swisstopo ein Kiosk?	Auf der Seite von swisstopo werden verschiedenen Artikel zum Kauf angeboten. Unter anderem werden auch Seidenkrawatten mit fünf verschiedenen Motiven verkauft. - Ist es wirklich die Aufgabe von Swisstopo einen Verkaufsshop zu betreiben? - Könnten das private Anbieter nicht übernehmen? - Wie viel Aufwand und Personal wird für den Verkaufsshop aufgewendet?
25.8239	DE FR IT	Fra. Molina. Korruptionsuntersuchung gegen Elbit Systems: Plant der Bundesrat die Rüstungskooperation zu überprüfen?	Die NATO hat die Zusammenarbeit mit dem israelische Rüstungsunternehmen Elbit Systems, welches für die Schweizer Pannen-Drohne ADS 15 verantwortlich ist, aufgrund einer gross angelegten Korruptionsuntersuchung suspendiert. - Beabsichtigt der Bundesrat angesichts der schweren Vorwürfe die bestehende Rüstungskooperation mit Elbit zu überprüfen – allenfalls auszusetzen oder neu zu bewerten – und wenn ja, nach welchen Kriterien? - Gibt es Anhaltspunkte für Korruption in der Schweizer Kooperation?

25.8254	DE FR IT	Fra. Alijaj. Nationalen Finanzausgleich (NFA) im Bezug auf Sportschu- len	Wie beurteilt der Bundesrat die Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs auf die Finanzierung und Entwicklungsfähigkeit kantonaler und regionaler Sportschulen, und sieht er Handlungsbedarf, um sicherzustellen, dass sportlich talentierte Jugendliche unabhängig vom Wohnkanton gleichwertige Förderbedingungen erhalten?
---------	--	--	--

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

25.8129	DE FR IT	Fra. Gianini. Alloggi Ticino SA: Beteiligung des Bundes	Die Tessiner Kantonsregierung hat angekündigt, sämtliche Aktien der Alloggi Ticino SA erwerben zu wollen. Der Kanton hält 38 Prozent, der Bund 36 Prozent und Logis Suisse 23 Prozent der Aktien; weitere Parteien halten kleinere Anteilpakete. Der Erwerb durch den Kanton ist umstritten. Nach Ansicht des Bundes: 1. Warum hat der Kanton Tessin ein Kaufangebot für sämtliche Aktien abgegeben? 2. Warum ist der Bund bereit, seine Aktien abzugeben? 3. Welche Auswirkungen hat dies auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft und auf die Wohnungspolitik im Tessin?
25.8130	DE FR IT	Fra. Badertscher. Modernisierung Freihandelsab- kommen mit China	Nach der dritten Verhandlungsrunde zur Modernisierung des Freihandelsabkommens mit China meldet das Seco weiterhin offene Punkte zu Arbeitsnormen. - Auf welche Menschen- und Arbeitsrechtsschutz-Massnahmen konnten sich die beiden Parteien bereits einigen und welche Forderungen bleiben offen? - Welche Sanktionierungsmechanismen sind vorgesehen bei Verstössen? - Wie wurde der Bundesratsbericht über die Situationen der TibeterInnen und UigurInnen eingebracht, wie es die APK-N verlangt hat?
25.8131	DE FR IT	Fra. Molina. Schweizer Konzernbosse im Oval Office: Besteht das Risiko auf Insiderhandel und weiss der Bundesrat überhaupt, was er den USA versprochen hat?	Im Hinblick auf den Abschluss einer rechtlich unverbindlichen Absichtserklärung mit der US-Regierung zur Reduktion der illegalen US-Zölle wurden auch private Geschäftsleute beigezogen. - Wurde im Vorfeld abgeklärt, ob ein Risiko auf Insiderhandel oder unzulässige Abreden besteht? - Laufen aktuell Untersuchungen oder Verfahren in diesem Zusammenhang? - Auf welcher Rechtsgrundlage verwaltet ein privater Verein (Swiss AmCham) für die Aussenpolitik relevante Informationen?
25.8150	DE FR IT	Fra. Gugger. Massiver Biodiversitätsrückgang im Grasland Schweiz	Dem Bundesrat ist die Studie der ZHAW zum Langzeitvergleich über den Zustand der Biodiversität im Schweizer Landwirtschaftsgebiet (Widmer 2025) sicher bekannt, die für das Mittelland einen massiven Biodiversitätsrückgang von fast 40% im letzten Jahrhundert feststellt. Die grossen Biodiversitätsdefizite im Kulturland konnten bisher nicht verringert werden, wie das nationale Monitoringprogramm ALL-EMA zeigt (Meier 2025). Was gedenkt der Bundesrat konkret zu tun, um die Trendwende zu schaffen?

25.8152	DE FR IT	Fra. Schnyder Markus. Schweizer Ställe aus Schweizer Holz?	Zweckmässige und tierfreundliche Ökonomiegebäude sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine produzierende Landwirtschaft. Der Bund unterstützt deshalb den Neu- und Umbau von Ställen für Raufutter verzehrende Tiere, Schweine- und Geflügelställe und Betriebsleiterwohnungen mit Beiträgen und/oder mit zinslosen Investitionskrediten. Macht der Bund dabei Vorgaben bezüglich der Nutzung von Schweizer Holz?
25.8184	DE FR IT	Fra. Wermuth. BR Parmelin: Unermüdlicher Einsatz im Dienste der US-Industriepolitik. Wo ist der Einsatz für die Lohnabhängigen bei Novartis in Stein?	BR Parmelin und sein Departement waren in den letzten Monaten intensivst im Einsatz in Washington. Unter anderem um die US Regierung dabei zu unterstützen 200 Milliarden Franken aus der Schweiz in den USA zu investieren. - Wie oft waren BR Parmelin und das Seco dazu in den USA? - Wie oft waren SECO und BR Parmelin bei den Angestellten von Novartis in Stein, denen der Stellenverlust droht? - Wieviele Investitionen in die lokale Industrie hat der BR ihnen zugesichert?
25.8185	DE FR IT	Fra. Badertscher. Untersuchung zu Sanktionsumgehungen im Goldhandel	- Verfügt der Bundesrat über Hinweise auf eine Umgehung der UNO-Sanktionen gegen den Sudan durch indirekte Goldimporte (insb. via Drittstaaten)? - Beabsichtigt er, eine formelle Untersuchung mit Einbezug der Zollverwaltung, FINMA und der Bundesanwaltschaft einzuleiten und die Öffentlichkeit über Ergebnisse und ergriffene Sanktions- und Strafmassnahmen zu informieren?
25.8187	DE FR IT	Fra. Badertscher. Proaktive Diplomatie für ein umfassendes UNO Waffenembargo	Welche Schritte unternimmt die Schweiz proaktiv auf multilateraler Ebene, um ein umfassendes Waffenembargo für den gesamten Sudan zu initiieren bzw. zu erweitern, und inwiefern mobilisiert sie ihre Rolle in Genf(UNO-Foren, ATT) sowie Partnerstaaten zur Koalitionsbildung?
25.8205	DE FR IT	Fra. Schneider Meret. Reduktion der Tierschutzkontrollen: Ressourcen sparen auf Kosten der Tiere?	Im Aktionsplan Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben steht, dass ab dem 01.01.2026 auf max. 10% aller Betriebe in einem Kanton jährlich auf eine Grundkontrolle verzichtet werden kann. - Wieso gab es hier keine Vernehmlassung? - Im Aktionsplan wurde die Kontrolltätigkeit vermindert, ohne Koordination und Datenaustausch zu regeln. Führt dies nicht zu einer geringeren Kontrollqualität? - Warum findet die Senkung um 10% ungesteuert statt, obwohl Mängel im Bereich Tierwohl schnell zu Problemen führen können?
25.8206	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Staatliche Beihilfen	Artikel 1 Absatz 2 des Beihilfeüberwachungsgesetzes sieht vor, dass das Gesetz für staatliche (oder aus staatlichen Mitteln gewährte) Beihilfen «gleich welcher Art» gilt. Könnte diese sehr weit gefasste Formulierung nach Ansicht des Bundesrates die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ungezielt Untersuchungen eingeleitet werden?

25.8208	DE FR IT	Fra. Amaudruz. MRA	Beim Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) wurde das bisher übliche gegenseitige Einvernehmen durch ein formalisiertes Umsetzungssystem mit «Ausgleichsmassnahmen» ersetzt. Welche Gründe rechtfertigten diesen Wechsel zu einem derart verbindlichen Mechanismus?
25.8219	DE FR IT	Fra. Alijaj. Sicherstellung des zukünftigen Nachwuchses an Französischlehrpersonen	Welche langfristigen Strategien hat der Bundesrat entwickelt, um die Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund, Kantonen und Hochschulen zu fördern, damit der Nachwuchs an qualifizierten Französischlehrpersonen garantiert werden kann?
25.8223	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Onlinehandel - kostenlose Retouren führen zu Paketflut	Die Retourenquote im Onlinehandel liegt bei ca. 10 Prozent. Die Lieferanten haben alle Hände voll zu tun, da immer mehr online bestellt wird und auch oft kostenlos die Ware retourniert werden kann. 1. Bei wieviel Prozent der Anbieter übernimmt der Händler die Rücksendegebühr komplett? 2. Was meint der Bundesrat dazu, dass mit einer grundsätzlichen Rücksendegebühr die Paketflut etwas abnehmen würde? 3. Ist es richtig, dass gerade bei Textilien die Retouren oft nicht mehr verwendet werden können?
25.8225	DE FR IT	Fra. Burgherr. Bundesgesetz über die Überwachung von staatlichen Beihilfen	Ermöglicht die Möglichkeit der Aufsichtsbehörde, bereits bei blossen Zweifel eine «vertiefte Prüfung» zu eröffnen (Art. 16 Abs. 1), eine übermässige Rechtsunsicherheit für potenzielle Empfänger staatlicher Beihilfen?
25.8226	DE FR IT	Fra. Burgherr. Bundesgesetz über die flankierenden Massnahmen bei entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und über die Kontrolle der in Normalarbeitsverträgen vorgesehenen Mindestlöhne	- Glauben Sie nicht, dass Art. 335I OR notwendige Restrukturierungen erschweren und verzögern und damit der Wettbewerbsfähigkeit schaden könnte? - Läuft man mit derart gefährlichen Bestimmungen nicht Gefahr, einer Europäisierung des schweizerischen Arbeitsrechts Vorschub zu leisten und damit unsere Wirtschaft zu schwächen?
25.8227	DE FR IT	Fra. Grossen Jürg. CH-USA: Abbau von Handelshemmnissen stärkt KMU, Innovation und Standortwettbewerb	Eine vereinfachte Anerkennung von US-Normen könnte gut umgesetzt eine Chance sein, um bestehende Handelshemmnisse abzubauen, ohne Produkte- und Verkehrssicherheit oder Umweltschutz zu beeinträchtigen. Wie hoch schätzt der Bundesrat den potenziellen volkswirtschaftlichen Nutzen einer Reduktion der Kosten und der administrativen Aufwände für technische Nachweise und Einzelzulassungen im Handelsverkehr mit den USA bei gleichzeitigem Erhalt des Schweizer Schutzniveaus?
25.8230	DE FR IT	Fra. Baumann. Umsetzung Reduktion ökologischer Fussabdruck durch die AP 2030+	- Behandelt der Bundesrat die «Reduktion des ökologischen Fussabdrucks» (Bst. b der Motion 22.4251) bei der Erarbeitung der AP 2030+ mit der gleichen Priorität wie die übrigen drei Themenfelder (a. Ernährungssicherheit, c. wirtschaftliche und soziale Perspektiven sowie d. administrative Vereinfachung)? - Und wie stellt er sicher, dass die AP 2030+ einen signifikanten Beitrag zu den konkreten Reduktionszielen leistet, die in der Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050 verankert sind?

25.8235	DE FR IT	Fra. Molina. Beteiligung eines Schweizer Unternehmens an einer Goldraffinerie in Mali: Liegt ein Verstoss gegen Sanktionen vor?	Das malische Bergbauministerium hat im Juni 2025 den Bau einer grossen nationalen Goldraffinerie angekündigt. Diese Raffinerie ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen Mali und Russland über das russische Unternehmen Yadran und die Schweizer Swiss Investment Company SA. Die Yadran Group unterliegt Sanktionen der Europäischen Union. Entspricht die Beteiligung der in Genf registrierten Aktiengesellschaft am russischen Unternehmen dem Schweizer Recht und den geltenden Sanktionsregelungen?
25.8244	DE FR IT	Fra. Golay Roger. Ist «Cautionnement Romand» übereifrig?	Entspricht die Praxis der Bürgschaftsgenossenschaft «Cautionnement Romand» dem Covid-19-Gesetz, wenn sie beim Konkurs eines Unternehmens von dessen wirtschaftlich berechtigten Personen die Rückzahlung des Covid-19-Kredits verlangt und ihnen dabei strafrechtliche Verfolgung wegen Betrugs androht, weil das Unternehmen punktuell und nach der Kreditgewährung ein von einer nahestehenden Person gewährtes Darlehen teilweise zurückgezahlt hat, welches der Deckung der laufenden Betriebskosten diene?
25.8252	DE FR IT	Fra. Jost. Bei gleichbleibender Bestäubungsleistung: Was kostet der Ersatz von Wildbestäubern in der Schweiz?	Auf meine Frage 25.7231 schreibt der Bundesrat, die praktische Durchführbarkeit der Bestäubung durch Zuchtinsekten sei erwiesen. Offenbar will er damit andeuten, dass gezüchtete Insekten die Wildbestäuber ersetzen könnten. Auf meine Frage 25.7999 zeigt er auf, was die Bestäubung durch gezüchtete Insekten in der Anschaffung kostet. Bei gleichbleibender Bestäuberleistung: Was kostet der Ersatz von Wildbestäubern in der Schweiz, inkl. bei der Saatgutproduktion, den Wild- und Gartenpflanzen etc.?
25.8256	DE FR IT	Fra. Arslan. Vermittlung und Weiterentwicklung des Nationalen Forschungsprogramms zu Gendermedizin und -gesundheit	Das nationale Forschungsprogramm zu Gendermedizin und -gesundheit wird von Fachpersonen geschätzt. Gleichzeitig wird bemängelt, dass das daraus generierte Wissen nicht an bereits ausgebildete Ärzt:innen gelangt. - Wie sorgt der Bundesrat dafür, dass das Angebot des Forschungsprogramms an praktizierende Ärzt:innen vermittelt wird? - Sind zwischenzeitliche Analysen und Verbesserungsoptionen des Programms sowie Mittel für die Behebung der erkannten Lücken vorgesehen?
25.8268	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Chlorhühner: Auswirkungen auf die Bilateralen III?	Die europäischen und schweizerischen Märkte sind bei der Lebensmittelsicherheit miteinander verflochten. - Wie beurteilt der Bundesrat im Kontext der Bilateralen III die Folgen für diese Abkommen zwischen der Schweiz und der EU, wenn die Schweiz das Einfuhrverbot für mit Chlor behandeltes Geflügel aufhebt, die EU aber daran festhält? - Stellt die mögliche Diskrepanz ein Risiko dar?

25.8274	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Zolldeal Schweiz-USA: Welche «notwendigen» Gesetzgebungsprozesse meint der Bundesrat?	Auf meine Frage 25.8088 – im Zusammenhang mit der Verordnung, auf der das Importverbot für mit Chlor desinfiziertem Geflügel basiert –, welches gesetzgeberische Verfahren zur Aufhebung dieses Verbots erforderlich sei, antwortete der Bundesrat, dass er die «notwendigen» Gesetzgebungsprozesse einleiten werde. Kann er präzisieren, ob es sich lediglich um eine Änderung seiner Verordnung oder um einen umfassenderen (parlamentarischen) Prozess handelt?
25.8276	DE FR IT	Fra. Schmezer. Steht die EKK auf der Liste der Kommissionen, die der BR abschaffen will?	Anfang 2026 wird der Bundesrat sein Konzept vorlegen, wie er die Zahl der ausserparlamentarischen Kommissionen um einen Viertel reduzieren will. Wird er vorschlagen, die Eidg. Kommission für Konsumentenfragen abzuschaffen?
25.8280	DE FR IT	Fra. Rummy. Staatsvertrag zwischen der Schweiz und den USA	Auf meine Frage 25.8010 vom 3.12.2025, wer genau von Schweizer Seite an den Treffen mit Präsident Trump und der US-Administration teilgenommen hat, antwortet das WBF folgendermassen: Die Frage wurde schlicht nicht beantwortet. Deshalb erlaube ich mir, die Frage nochmals zu stellen: Wer hat von Schweizer Seite (Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft) an den verschiedenen Treffen mit dem US-Präsidenten und der US-Verwaltung teilgenommen? Ich bitte um eine Auflistung der Namen.

Finanzdepartement

25.8147	DE FR IT	Fra. Kolly. BPV: Welche Auswirkungen hat die Ausweitung der Vertrauensarbeitszeit und welches Fazit zieht der Bund?	Seit der Änderung von Artikel 64b der Bundespersonalverordnung (BPV), die am 1. Juli 2021 in Kraft getreten ist, kann Vertrauensarbeitszeit bereits ab Lohnklasse 18 gewährt werden. Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten: 1. Wie viele Mitarbeitende der Lohnklassen 18–23 arbeiten derzeit in Vertrauensarbeitszeit? In welchem Bereich arbeiten am meisten Mitarbeitende in Vertrauensarbeitszeit? 2. Welche finanziellen Auswirkungen hat diese Praxisänderung für den Bund? 3. Welches Fazit zieht der Bund nach der Praxisänderung? 4. Welche Kontrollmechanismen gibt es zur Verhinderung von Missbräuchen?
25.8149	DE FR IT	Fra. Schnyder Markus. Schlagen wir den Sack und meinen den (Banken-) Esel?	Nach der Notübernahme der CS hat das Parlament und der Bundesrat diverse Massnahmen beschlossen, um die Sicherheit der Banken zu erhöhen. Die FINMA ihrerseits hat ihre Aufsicht und Einflussnahme ausgebaut. Viele dieser Massnahmen sind zwar gut gemeint, stellen aber für viele kleine Banken grosse Herausforderungen dar, während diese bei den Grossbanken durch ein Heer von Juristen abgehandelt werden können. Damit schwächen wir die Kleinen und stärken die Grossen. Ist das eine gute Entwicklung?

25.8176	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Verschärfte Kontrollen: Die Kantone lehnen sie ab	Der Bund plant, seine Oberaufsicht über die kantonalen Finanzkontrollen auszuweiten, ausgelöst durch einen einzelnen Fall. Wie rechtfertigt der Bundesrat die geplante Verschärfung der Aufsicht über die kantonalen Finanzkontrollen, obwohl gemäss Gesetz die Verantwortung für die Erhebung der direkten Bundessteuer bei den Kantonen liegt und zusätzliche Kontrollen des Bundes den Föderalismus schwächen sowie unnötige Bürokratie schaffen würden?
25.8186	DE FR IT	Fra. Badertscher. Konkrete Durchsetzung gegenüber Goldimporteuren	Welche konkreten Durchsetzungsinstrumente (z. B. administrative Sanktionen, Konzessionsentzug, strafrechtliche Verfolgung) setzt der Bundesrat gegenüber Schweizer Goldimporteuren ein, die Konfliktgold aus dem Sudan beziehen, und bis wann legt er einen Sanktionskatalog mit klaren Schwellenwerten und Meldepflichten vor?
25.8198	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Schluss mit Münzen- und Nötli - jetzt sogar an Weihnachtsmärkten. Was macht der Bundesrat gegen das Aus vom Bargeld im ÖV und auf öffentlichem Grund?	Der Zugang zu Bargeld im ÖV wird zunehmend eingeschränkt. Ticketautomaten werden entfernt oder nur noch «kartentauglich» gemacht. Der Ticketverkauf im Fahrzeug entfällt. Betroffen sind unter anderem die BLS, der ZVV, die VBSH sowie Busbetriebe in Graubünden. Was unternimmt der Bundesrat, damit ÖV, Märkte und Dienstleister auf öffentlichem Grund bei der Einführung bargeldloser Zahlungsmethoden die verfassungsrechtlichen Vorgaben einhalten und Barzahler nicht diskriminieren?
25.8242	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Zollwissen im BAZG: Wirksamkeit und Kosten neuer Zollstellen im Tagesgeschäft	Gemäss Antwort auf meine Frage 25.8037 schafft der Bund Stellen für «komplexe Zollthemen» und «First-Level-Support». Gleichzeitig fehlt es an qualifizierten Zollbeamten im Warenverkehr (z. B. Binnenzollämter). - Wie sollen diese neuen Stellen das Tagesgeschäft am Schalter qualitativ und quantitativ unterstützen? - Und wie stark liegen ihre Lohnklassen über jenen der für das Tagesgeschäft nötigen Basisstellen?
25.8248	DE FR IT	Fra. Glarner. Parkplätze des Bundespersonals - Kosten und Erträge	Gemäss der Zeitung "Bund" hat der Bund über 2'600 Parkplätze alleine in Bern. - Wie viele davon gehören dem Bund und was für Kosten entstehen jährlich dafür pro Parkplatz? - Wie viele Parkplätze werden zu welchen Konditionen pro Parkplatz von wem gemietet? - Zu welchen Preisen pro Parkplatz werden welche Parkplätze an die Angestellten des Bundes vermietet?

25.8253	DE FR IT	Fra. Arslan. Ungleiche Verteilung der Gesundheitskosten in Zusatzversicherungen	Die Prämien für Zusatzversicherungen der Krankenkasse sind für Frauen bis zu 80% höher als für Männer. Ein Grund dafür ist, dass die Kosten für reproduktive Gesundheit ausschliesslich den Frauen zugeschrieben werden. Eine Studie zeigt ausserdem, dass die tieferen Gesundheitskosten der Männer unter anderem mit der häufig von Frauen erbrachten unbezahlten Pflegeleistung erklärt werden können. Wo sieht der Bundesrat Handlungsfelder, um diese ungleiche Verteilung der Gesundheitskosten zu bekämpfen?
25.8259	DE FR IT	Fra. Amoos. 1. Gewährleistung des Zahlungsverkehrs	Worldline, der führende und marktbeherrschende Anbieter für elektronischen Zahlungsverkehr in der Schweiz, war in den letzten Monaten mehrfach Gegenstand von Berichten über finanzielle Schwierigkeiten, Compliance-Probleme, Ermittlungen im Ausland sowie über Umstrukturierungs- und Rekapitalisierungspläne. Wie schätzt der Bundesrat das Risiko eines Ausfalls von Worldline ein?
25.8260	DE FR IT	Fra. Amoos. 2. Gewährleistung des Zahlungsverkehrs	Worldline, der führende und marktbeherrschende Anbieter für elektronischen Zahlungsverkehr in der Schweiz, war in den letzten Monaten mehrfach Gegenstand von Berichten über finanzielle Schwierigkeiten, Compliance-Probleme, Ermittlungen im Ausland sowie über Umstrukturierungs- und Rekapitalisierungspläne. Welche Massnahmen könnte der Bundesrat im Notfall ergreifen, um den Zahlungsverkehr sicherzustellen?
25.8263	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Reform des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) - zahlreiche Prüfungen mit Gebühren zu absolvieren	Das VAG verfolgt das Ziel, den Konsumentenschutz und die Qualität der Beratung zu stärken. Betroffen sind auch Versicherungsbroker und Aussendienstmitarbeiter. Nach erfolgreichem Abschluss der Zulassungsprüfung erfolgt die Eintragung ins FINMA-Register. Diese Pflicht betrifft auch Personen, die bereits den eidgenössischen Fachausweis erworben haben und seit vielen Jahren in der Branche tätig sind. Ist dies nicht vor allem auch eine Einnahmensquelle für die FINMA; wie sieht dies der Bundesrat?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

25.8115	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Schweizer Delegation an der Weltklimakonferenz in Brasilien (COP30)	- Wie hoch waren die Gesamtkosten der Teilnahme der Schweizer Delegation an der Weltklimakonferenz in Brasilien (COP30)? - Welche CO2-Emissionen wurden durch An- und Abreise, Logistik, Unterbringung und sonstigen delegationsbezogenen Aktivitäten verursacht? - Wie viele Personen umfasste die Schweizer Delegation?
---------	--	--	---

25.8118	DE FR IT	Fra. Roth David. Elektronischer Brief durch dänischen Staatsbetrieb?	- Ist dem Bundesrat bekannt, dass die dänische Post derzeit versucht, kantonalen und kommunalen Behörden ihre Version des E-Briefes zu vermarkten? - Welche Massnahmen ergreift er, um sicherzustellen, dass die Schweiz eine einheitliche, eigenständige Lösung entwickelt? - Besteht aufgrund der derzeitigen politischen Zurückhaltung die Gefahr, dass die Schweiz den technologischen Anschluss verliert? - Würde die Aufnahme des E-Briefes in die Grundversorgung zur Entwicklung einer eigenständigen Lösung beitragen?
25.8126	DE FR IT	Fra. Umbricht Pieren. EU-Unterwerfungsvertrag: Schutz vor «Rosinenpickerei» im Bahnverkehr	Welche verlässlichen Instrumente enthält das Abkommen im EU-Rahmenvertrag, um zu verhindern, dass private Anbieter sich ausschliesslich die lukrativen Strecken (z.B. Zürich-Bern) herausgreifen und die SBB auf den unrentablen Erschliessungslinien sitzen bleibt, was langfristig zu einer Verteuerung oder Ausdünnung des Angebots in Randregionen führen müsste?
25.8127	DE FR IT	Fra. Ruch. Rolle des Bundesrats bei der Entscheidung der SBB, einen Auftrag über 2,1 Milliarden Franken an Siemens statt an Stadler Rail zu vergeben	Die SBB haben am 7. November bekanntgegeben, dass sie einen Auftrag über 116 Doppelstockzüge im Wert von 2,1 Milliarden Franken an das deutsche Unternehmen Siemens Mobility vergeben. Dies, obwohl auch das Schweizer Unternehmen Stadler Rail unter den letzten Mitbewerbenden war und ein als äusserst konkurrenzfähig beurteiltes Angebot eingereicht hatte. Ich bitte den Bundesrat, folgende Frage zu beantworten: Wird der Bundesrat in die endgültige Entscheidung eingebunden, wenn Betriebe in Besitz des Bundes Grossaufträge vergeben?
25.8139	DE FR IT	Fra. de Quattro. Welche Zusammenarbeit bei der Verhütung von Naturkatastrophen?	Der Klimawandel beeinträchtigt die Schweiz stark, seine Hauptfolgen sind Trockenheit und Starkniederschläge, wie der Bericht der ETH Zürich und von MeteoSchiweiz zeigt. Zwar wird die Bundeskanzlei ab 2026 ihre Umweltanalysen ausbauen, doch bleiben offene Fragen, beispielsweise in Bezug auf die Vorhersagen. Beabsichtigt der Bundesrat, bei der Verhütung von Naturkatastrophen mit den Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten? Welche Massnahmen werden zur Vertiefung dieser Zusammenarbeit ergriffen?
25.8141	DE FR IT	Fra. Schlatter. Klimaleistungen von Wäldern, Mooren und der Landwirtschaft	Der Bund publizierte kürzlich die «Klimaleistungen von Wald und Holz in der Schweiz». Der Bericht zeigt auf, wie die Klimaleistungen des Waldes erhalten und gestärkt werden können. Werden weitere solche Berichte folgen, die sich bspw. mit den Klimaleistungen von (ehemaligen) Mooren oder der Landwirtschaft auseinandersetzen?
25.8148	DE FR IT	Fra. Jost. Verursacherprinzip bei den zusätzlichen Mitteln für die Klimafinanzierung	An der COP30 wurde entschieden, dass die finanzielle Unterstützung für Klimaanpassung in den Entwicklungsländern im Rahmen des 300 Milliarden-Ziels verdreifacht werden muss. Die Schweiz braucht dafür zusätzliche Mittel, wie wendet der Bundesrat dabei das Verursacherprinzip (Art. 74 BV) an?

25.8151	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggini. Im Ausland müssen sich PFAS-Hersteller an den Kosten für die Beseitigung der Umweltverschmutzung beteiligen – gibt es in der Schweizer Gesetzgebung eine Lücke?	Der Bundesrat antwortete wie folgt auf meine Motion 25.3730: Auf die Hersteller und Lieferanten der PFAS-haltigen Gegenstände oder Zubereitungen kann nach der aktuellen Gesetzgebung und gemäss der bundesgerichtlichen Rechtsprechung mangels Unmittelbarkeit nicht zurückgegriffen werden.» In anderen Ländern beteiligen sich die Hersteller an den Sanierungskosten oder tragen sogar den Grossteil davon. Hält der Bundesrat diesbezüglich eine Gesetzeslücke für gegeben? Wenn ja: Was unternimmt der Bundesrat? Wenn nein: Warum nicht?
25.8156	DE FR IT	Fra. Roth David. Lohndumping beim Güterverkehr?	Die Verlagerungskrise scheint nicht nur zu Umstrukturierungen und Entlassungen im Tessin zu führen, sondern auch zu einer Ersetzung durch Personal mit italienischen Arbeitsverträgen. Dies geschieht insbesondere bei SBB Cargo International und der DB durch die Einstellung und Ausbildung italienischer Lokführer sowie durch die Verlagerung wichtiger Zugarbeiten von der Schweizer zur italienischen Tochtergesellschaft. Ist dem Bundesrat diese Lohndumping-Situation bewusst und wie reagiert er darauf?
25.8157	DE FR IT	Fra. Storni. Welches Bevölkerungswachstum prognostiziert der Bund für den Kanton Tessin?	Im Referenzszenario AR-00-2025 werden die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung nach Kantonen gezeigt. Für das Tessin beträgt das Bevölkerungswachstum 2024–55 3,4 Prozent. Der Kanton Tessin geht im Rahmen der Überprüfung der Dimensionierung der Bauzonen gemäss den Nutzungsplänen nach dem revidierten Raumplanungsgesetz (PR rev LPT1) von einem Wachstum der Siedlungseinheiten von 13 Prozent über einen Zeitraum von 15 Jahren aus. Dieser Wert liegt deutlich über dem Szenario von 3,4 Prozent in 30 Jahren. Welches Bevölkerungswachstum prognostiziert der Bund für den Kanton Tessin hinsichtlich der Dimensionierung der Bauzonen?
25.8199	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Der ÖV muss auch für jene Personen zugänglich bleiben, die auf Bargeld angewiesen sind.	Die Abschaffung der Möglichkeit im ÖV mit Bargeld zu zahlen, benachteiligt Bevölkerungsgruppen, welche zwingend auf Bargeld angewiesen sind. Betroffen sind insbesondere ältere Menschen ohne Smartphone oder Bankkarte, Jugendliche, Personen mit Behinderungen, Menschen ohne Bankkonto und Touristen. Wie rechtfertigt der Bundesrat die Abschaffung der Bargeldzahlung, obwohl dadurch betroffene Personengruppen ausgeschlossen werden?
25.8215	DE FR IT	Fra. Schläpfer Therese. Stromabkommen	An der Pressekonferenz zu den EU-Verträgen sagte Patric Franzen: '...die heutige Praxis in der Vergabe der Konzessionen in der Wasserkraft sind vom Stromabkommen nicht negativ betroffen.' Diese Aussage ist unklar. - Kann der Bundesrat bestätigen, dass die heutige Vergabepolitik in keinem Fall für die nächsten Jahrzehnte geändert wird, wenn die Kantone dies nicht wollen, so dass kein Druck aus der EU kommen wird? - Gibt es dazu eine schriftliche Vereinbarung? Falls ja, wird diese noch veröffentlicht?

25.8224	DE FR IT	Fra. Jauslin. Warum macht der Bundesrat bei der Erforschung des Untergrunds nicht vorwärts?	2021 übernahm der Bundesrat die Motion 20.4063 «Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds». Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung an der Umsetzung der Motion arbeitet. - Wie weit ist dieses Projekt? - Welches Departement hat den Lead? Welches Konzept der Prospektion wird verfolgt? - Bis wann verabschiedet der Bundesrat eine Vorlage zuhnden des Bundesparlaments? - Über welches Budget wird das Erkundungsprogramm abgewickelt?
25.8233	DE FR IT	Fra. Walliser. Technische Fahrzeugzulassung im bilateralen US-Dialog	Die Absichtserklärung Schweiz–USA bietet die Möglichkeit, zentrale technische Marktzugangsfragen im Fahrzeugbereich agil weiterzuentwickeln. Frage: Sieht der Bundesrat die Möglichkeit, die technische Fahrzeugzulassung – inklusive EMV-Nachweise und Einzelzulassungen – als eigenständige Priorität im laufenden bilateralen Prozess Schweiz–USA zu platzieren, da dieser Bereich unmittelbar wirtschaftliche Relevanz für Schweizer KMU-Importeure, Garagisten und Leasinganbieter hat?
25.8234	DE FR IT	Fra. Baumann. Rasch Lösungen für die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser entwickeln	In der Legislaturplanung 2023–2027 sieht Massnahme 127 die Erarbeitung einer nationalen Wasserstrategie vor. Angesichts zunehmender sommerlicher Wasserknappheit und Nutzungskonflikte stellt sich die Frage, wie rasch Lösungen für die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser entwickelt werden können – beispielsweise für die Bewässerung. - Bis wann gedenkt der Bundesrat, die nationale Wasserstrategie vorzulegen? - Inwiefern wird diese die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser berücksichtigen?
25.8238	DE FR IT	Fra. Roduit. Gefährdet die vom Kanton Bern erzielte Einigung zu den Projekten Trift und Grimsel die Versorgungssicherheit des Landes?	Der Kanton Bern plant, auf die Nutzung von 53 Fliessgewässern zu verzichten. Zudem sollen zwei Wasserkraftwerke und ein Stauwehr zurückgebaut werden, was zu einer verminderten Stromproduktion führt. Damit kann der Kanton nicht zur Erreichung der in Artikel 2 des Energiegesetzes festgelegten Ziele beitragen, die bereits heute schwer zu erreichen sind. – Wie gedenkt der Bundesrat auf diese Entwicklung zu reagieren? – Welche Auswirkungen wird sie auf die Versorgungssicherheit haben?
25.8240	DE FR IT	Fra. Porchet. Welche Massnahmen gegen radikalisierte maskulinistische Inhalte im Internet?	Jüngste Studien zeigen, dass die Konfrontation mit maskulinistischen Inhalten in sozialen Netzwerken weder zufällig erfolgt noch das Ergebnis einer gezielten Suche ist, sondern auf ein systemisches algorithmisches Phänomen zurückgeht. Dadurch werden junge Männer sehr schnell mit frauenfeindlichen und toxischen Inhalten konfrontiert, die eine Radikalisierung begünstigen. Über welche rechtlichen, strukturellen oder institutionellen Instrumente verfügt der Bundesrat, um junge Menschen vor dieser Gefahr zu schützen und ein sicheres digitales Umfeld zu gewährleisten?

25.8247	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Wo liegen die besten ackerfähigen Böden der Schweiz?	In seiner Antwort auf die Frage 22.7806 führte der Bundesrat aus, dass unter anderem «mit der Umsetzung des Sachplans Fruchtfolgeflächen zum Schutze der besten ackerfähigen Böden [...] ein verstärkter Schutz des Kulturlandes angestrebt» wird. - Weiss die Schweiz, wo ihre besten ackerfähigen Böden sind? - Wenn ja, seit wann und wo sind diese Informationen übersichtlich publiziert? - Wenn nein, warum nicht und wie will sie diese Böden schützen, wenn sie nicht weiss, wo sie liegen?
25.8250	DE FR IT	Fra. Gaillard Benoît. SRG-Initiative: Abschaltung der Online-Plattformen	Die SRG-Initiative bestimmt, dass die Abgabe zur Finanzierung der «Programme» verwendet wird. Gemäss dem Bundesrat ist damit ausschliesslich das lineare Angebot gemeint (Kap. 3.3.). Bestätigt der Bundesrat, dass die Einnahmen aus der Abgabe im Falle der Annahme der Initiative keinesfalls zur Finanzierung des «übrigen publizistischen Angebots» der SRG verwendet werden könnten, zu denen nach Gesetz und Konzession das gesamte Online-Angebot der SRG gehört, und dass dies somit zu einer Abschaltung oder zumindest zu einer drastischen Reduktion dieses Angebots führen würde?
25.8265	DE FR IT	Fra. Schaffner. Koordinierter Fahrplan für den Ausstieg aus den fossilen an der COP	Die Schweiz bedauert, dass an der COP30 kein Fahrplan zum Ausstieg aus den fossilen Energien beschlossen wurde. Dabei braucht es für effektiven Klimaschutz mehr Anstrengungen der grossen Emittenten. Arbeitet sie an der Initiative von Brasilien, Kolumbien und den Niederlanden mit, um den Fahrplan an der nächsten COP einzubringen?
25.8269	DE FR IT	Fra. Trede. Über welche Insekten will der Bundesrat mehr Wissen sammeln?	Auf meine Frage 25.8099 antwortet der Bundesrat, dass das Wissen über Insekten, die einen Schwerpunkt des Aktionsplans Biodiversität bilden, erweitert werden soll. - Welche Insekten gehören zu diesem Schwerpunkt, welche nicht - und warum nicht? - Um welche Insektengruppen wird das Biodiversitätsmonitoring erweitert, um welche nicht – und warum nicht? - Was bedeutet in diesem Zusammenhang «über eine längere Zeit verfolgt werden»?
25.8270	DE FR IT	Fra. Dobler. SRG-Sparprogramm November 2025. Ist Gebühren-Zuwachs berücksichtigt?	Die SRG hat im November 2025 angekündigt, dass sie 270 Mio. Franken einsparen will. Durch Zuwanderung wächst die Schweiz im Durchschnitt um 57'000 Haushalte pro Jahr. - Kann der Bundesrat bestätigen, dass der dadurch entstehende Gebühren-Zuwachs der SRG von 170 Mio. Franken (in zehn Jahren) in diesem Sparbetrag von 270 Mio. Franken nicht enthalten ist? - Falls nein, wie hoch ist der einzusparende Betrag nach Ansicht des Bundesrats?

25.8271	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. SRG - Missbrauch von Gebüh- rengeldern im Abstimmungs- kampf?	Die Regionalgesellschaft SRG Deutschschweiz hat kürzlich Medienberichte bestätigt, wonach sie 400'000 Franken an den Abstimmungskampf gegen die Gebührensenkungsinitiative beisteuert. 1. Wie beurteilt der Bundesrat diesen Missbrauch an Gebührengeldern? 2. Ist das Departement diesbezüglich bei der SRG vorstellig geworden? 3. Wie will der Bundesrat die freie Willensbildung der Stimmbürger garantieren, wenn die SRG sich im Abstimmungskampf engagiert?
25.8272	DE FR IT	Fra. Huber. Aufsichtspflichten des BAKOM	- Hat das BAKOM Kenntnis von der Vereinbarung, die im Hinblick auf die Gebührensenkungsinitiative zwischen der SRG und dem Verlegerverband (VSM) getroffen worden ist und gemäss welcher die SRG erwägt, auch Mitglied des VSM zu werden? - Falls Ja: Was unternimmt das BAKOM hier in seiner Rolle als Aufsichtsinstanz? - Falls Nein: Warum hat sich das BAKOM nicht darum bemüht, diese Vereinbarung zu erhalten, und vernachlässigt seine Aufsichtspflichten?
25.8278	DE FR IT	Fra. Gugger. Was ist der Stand der Dinge be- züglich des Verschwindens von Schmetterlingen und Wildbie- nen?	Die deutsche Zeitung "Bild" berichtete kürzlich, die Zahl der bedrohten Wildbienenarten in Europa habe sich seit 2014 von 77 auf heute 172 mehr als verdoppelt. Bei den Schmetterlingen sei die Zahl der bedrohten Arten in 10 Jahren um 76 % gestiegen. Mit Blick auf die bundesrätliche Antwort auf meine Frage 25.8105: - Was ist diesbezüglich die Entwicklung und der Stand der Dinge in der Schweiz? - Welche griffigen Massnahmen werden umgesetzt, um das Sterben zu stoppen? - Wie wird ihr Erfolg kontrolliert?
25.8279	DE FR IT	Fra. Weichelt. Präzise Frage - Präzise Antwort	Mit dem Postulat 22.4585 wurde der Bundesrat aufgefordert, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien zu prüfen. Die Antwort des Bundesrates vom 8.12.25 war, dass der Bericht in Erfüllung des Postulats demnächst dem Bundesrat vorgelegt werde. Für die Aufsicht über den Bundesrat ist diese Antwort nicht zufriedenstellend. Was heisst "demnächst"?
25.8281	DE FR IT	Fra. Kaufmann. Anpassung der verfassungswid- rigen Ausgestaltung der Unter- nehmensabgabe für Radio und TV	Gemäss dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom November 2023 verstösst die aktuelle Ausgestaltung der Unternehmensabgabe für Radio und TV gegen die Verfassung. Das Gericht ist zum Schluss gekommen, dass die aktuelle degressive Ausgestaltung der Tarifstruktur der Unternehmensabgabe für Radio und TV verfassungswidrig ist. Das Bundesverwaltungsgericht empfahl nach dem Urteil eine rasche Behebung dieser Mängel. Wann gedenkt der Bundesrat der Empfehlung des Bundesverwaltungsgerichts nachzukommen.
25.8282	DE FR IT	Fra. Imark. Geldverschwendung!	Die Nichtbewilligung der Subvention des Nachtzuges nach Malmö war seit Längerem absehbar. Trotzdem bewarben die SBB das Angebot auf breiter Front. Wieviel Geld (Steuergeld) haben die SBB durch die unnötige Bewerbung aus dem Fenster geworfen?

25.8283	DE FR IT	Fra. Storni. Lärmsanierung A13 Mappo–Tenero–Gordola	Die A13 ist bei der Ausfahrt aus dem Mappo-Moretina-Tunnel in Richtung Gordola stark befahren (DTV 35 000). Entsprechend hoch ist die Lärmbelastung. Im Bereich Ticino-Brücke–Kreisel von Riazino wurde kürzlich ein lärmarmer Belag eingebaut. Fragen: 1. Wann ist die Erneuerung des Belags auf dem Abschnitt Mappo–Gordola geplant? 2. Wäre es angesichts des starken Lärms bei der Beschleunigung der Fahrzeuge nach der Tunnelausfahrt denkbar, auf dem ersten Streckenabschnitt ostwärts die im Tunnel geltende Höchstgeschwindigkeit beizubehalten?
25.8285	DE FR IT	Fra. Docourt. Ist der Bundesrat bereit, eine Rückrufaktion für PFAS-haltige Skiwachse zu starten?	In seiner Antwort auf meine Interpellation 25.4300 hält der Bundesrat fest, dass PFAS in Skiwachsen verboten werden sollen. Untersuchungen der Empa zeigen jedoch, dass Breitensportlerinnen und -sportler weiterhin unzureichend über die Risiken und geltenden Verbote informiert sind und nach wie vor PFAS-haltige Wachse besitzen. Die Empa empfiehlt daher eine verstärkte Sensibilisierung im Breitensport. Ist der Bundesrat bereit, eine Sensibilisierungs- und Rückrufkampagne zu starten mit dem Ziel, die Risiken für Mensch und Umwelt zu verringern? Wenn nein, warum nicht?

Departement des Innern

25.8111	DE FR IT	Fra. Weichelt. Gesundheits-Pilotstudie. Wo sind die Resultate?	Im Rahmen der Ausserordentliche Session. PFAS vom 9.9.2025 erwähnte BR Röstli mehrmals, dass die Resultate der Gesundheitspilotstudie Ende 2025 abgewartet werden sollen. Wann werden die Resultate der Pilotstudie dem Parlament zugänglich gemacht?
25.8119	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Neues Gesundheitsabkommen EU/Schweiz: Auswirkungen auf die Kantone	- Wie beurteilt der Bundesrat die Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) des Gesundheitsabkommens EU/Schweiz auf die Kantone im Allgemeinen und auf die kantonale Gesetzgebung im Besonderen? - In welchen kantonalen Rechtssetzungsbereichen wird es welche Anpassungen geben? - Wird es auch Änderungen in den kantonalen Verfassungen geben? Falls ja, welche? - Wie kann dauerhaft und temporär ausgeschlossen werden, dass mit Inkrafttreten des Gesundheitsabkommens bereits kantonale Normen geändert werden müssen?
25.8200	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Neues Gesundheitsabkommen beschneidet die Kompetenzen der Kantone. Darum braucht es das Ständemehr für das Vertragspaket mit der EU	Neu übernimmt der Bund im Gesundheitsabkommen mit der EU Kompetenzen, welche derzeit bei den Kantonen liegen. Bräuchte es für die neuen EU-Verträge deshalb eine Verfassungsänderung und damit ein Ständemehr?
25.8124	DE FR IT	Fra. Guggisberg. Zahlen zu Femiziden in der Schweiz	Wie viele Femizide wurden in den vergangenen 10 Jahren in der Schweiz prozentual durch ausländische Staatsbürger, Doppelbürger bzw. eingebürgerte Schweizer begangen? (Angabe pro Jahr und der Nationalität/en bzw. ehemaligen Nationalität)

25.8133	DE FR IT	Fra. Marti Min Li. Qualität des Französischunterrichts auf allen Schulstufen fördern	Die Schwächung des Französischunterrichts in den Lehrplänen gewisser Deutschschweizer Kantone ist besorgniserregend. Welche konkreten Bestrebungen unternimmt der Bundesrat, um die Stellung des Französischen als Landessprache auf allen Schulstufen schweizweit zu schützen?
25.8134	DE FR IT	Fra. Marti Min Li. Austausch fördern in andere Sprachregionen	Mit wieviel zusätzlichem Budget ist der Bundesrat bereit, Austausch-Programme wie Movetia noch gezielter auszubauen, damit alle Schüler:innen mindestens auf Gymnasialstufe einen Austauschaufenthalt absolvieren können/müssen und so die praktische Relevanz der Landessprachen dauerhaft gestärkt wird?
25.8136	DE FR IT	Fra. Riner. IV-Renten für EU-Bürger	1. Wie werden laufende Schweizer IV-Renten konkret hinsichtlich Gesundheitsveränderungen überprüft für EU-Bürger, welche in der Heimat leben? 2. Wie wird konkret die Schadensminderungspflicht, z.B. Psychotherapien in der Heimat etc., überprüft? 3. Wie werden entsprechende Dokumente auf ihre Echtheit und bezüglich Erlangung durch Korruption hin konkret überprüft?
25.8137	DE FR IT	Fra. Riner. Überbrückungsleistungen EU-Bürger	Können steuerfinanzierte Überbrückungsleistungen für ausgesteuerte Personen ab 60 Jahren bei Erfüllung der Voraussetzungen auch an EU-Bürger ins Ausland exportiert werden, obwohl es sich dabei nicht um Sozialversicherungsleistungen handelt?
25.8138	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Ergänzungsleistungen ohne AHV/IV-Grundrente: Bundessozialhilfe unter dem Deckmantel "Ergänzungsleistungen"?	Ergänzungsleistungen (EL) dienen - wie es der Name sagt - der Ergänzung von AHV/IV-Renten, sind also abhängig von einer Rente. Was kaum jemand weiss: Daneben gibt es auch systemfremde rentenlose EL, die keine Rente ergänzen. 1. Wie viele solcher EL wurden 2024 ausbezahlt (Anzahl/Betrag)? 2. Wie viele solcher EL flossen 2024 an a) Schweizer und b) Ausländer (Anzahl/Betrag)? 3. Wie viele der ausländischen Bezüger solcher EL müssten die Schweiz verlassen, wenn sie stattdessen Sozialhilfe beziehen würden?
25.8140	DE FR IT	Fra. Schlatter. Pflanzenschutzmittel mit PFAS: Wie macht der Bundesrat die Interessensabwägung?	Auf meine Frage 25.7494 antwortet der Bundesrat, Pflanzenschutzmittel mit PFAS «werden für sehr spezifische Anwendungen zugelassen, bei denen jeweils der Nutzen und die mit der Anwendung verbundenen Risiken geprüft werden.» Wie und durch wen wird diese Interessensabwägung gemacht und wo werden die Ergebnisse publiziert?
25.8142	DE FR IT	Fra. Lohr. Information Impfeempfehlungen gegen respiratorische Infektionen: impfen-schweiz.ch	In der Antwort zu meiner Interpellation 25.3613 wurde u. a. über die Aufschaltung der Website impfen-schweiz.ch Auskunft gegeben. Sie soll die Präventionsbemühungen gegen Erkrankungen durch respiratorische Erreger unterstützen. - Die Website ist nun online. Was wurde bisher unternommen, um die Verbreitung sicherzustellen, damit die gut aufbereiteten Inhalte die Zielgruppen erreichen? - Gibt es bereits Erkenntnisse zur Nutzung (z. B. im Kontext der Impfwoche) bzw. zur Wirkung?

25.8144	DE FR IT	Fra. Bulliard. Sensibilisierungskampagne zur Einführung des Rechts auf gewaltfreie Erziehung	Die Änderung des Zivilgesetzbuches, mit der das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung verankert wird, sieht eine Sensibilisierungskampagne vor. Die Rechtskommission des Ständerates schätzt die Kosten der Kampagne auf 2–2,5 Millionen Franken pro Jahr über einen Zeitraum von fünf Jahren. Das Gesetz dürfte 2026 in Kraft treten, da bislang kein Referendum ergriffen wurde. Wo steht diese Kampagne, und wie gedenkt der Bundesrat sicherzustellen, dass sie umgesetzt wird?
25.8146	DE FR IT	Fra. Chollet. PFAS in Getreide: Wann wird der Bericht über Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln veröffentlicht?	Eine neue Studie zeigt hohe Konzentrationen von Trifluoressigsäure (TFA) in europäischen Getreideprodukten. Die Durchschnittswerte dieses langlebigen Schadstoffs, der die Fortpflanzung beeinträchtigen kann, sind 107-mal höher als die TFA-Werte im Trinkwasser. Unsere Ernährung ist damit eine ergiebige Aufnahmequelle für TFA, zumal die am häufigsten verwendeten PFAS-haltigen Pflanzenschutzmittel vor allem im Getreideanbau eingesetzt werden. Laut Antwort auf die Frage 25.7476 sollte der Bericht 2023–2024 über Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln spätestens Ende 2025 veröffentlicht werden. Wann wird der Bericht veröffentlicht?
25.8153	DE FR IT	Fra. Lohr. Psychotherapie für Patienten mit Vitiligo – trotz wirksamer Crème	Betr. Ip. 25.4043: Für Patientinnen und Patienten mit Vitiligo gibt es eine wirksame Crème, welche eine 90-prozentige Re-Pigmentierung bewirkt. Der Bundesrat will jedoch, dass Patientinnen und Patienten mit Vitiligo zunächst eine Psychotherapie machen müssen. Die Crème wirkt gegen ein Hautleiden. Weshalb unterstützt das BAG Symptom- und nicht Ursachenbekämpfung?
25.8154	DE FR IT	Fra. Lohr. Wirksame Crème gegen Vitiligo: Der Bundesrat irrt betreffend Nebenwirkungen	Betr. Ip. 25.4043: Der Bundesrat sagt, dass der Wirkstoff der neuen Vitiligo-Crème schwere Nebenwirkungen zeitigen könne – verschweigt aber, dass dies vor allem für die orale Einnahme gilt. Das Präparat wird als Crème im Gesicht und an den Händen angewendet, d.h. weniger als 10% der Körperoberfläche. Weshalb stellt der Bundesrat dies nicht korrekt dar und inwiefern ist er bereit, die Vergütung dieser wirkungsvollen Behandlung zu verbessern?
25.8155	DE FR IT	Fra. Lohr. Präparat gegen Vitiligo: Weshalb gelten in der Schweiz so strenge Einschränkungen?	Seit 2025 ist ein Präparat zugelassen, welches vielen Patienten mit Vitiligo hilft. Bevor die Crème verschrieben und von der Krankenkasse vergütet wird, müssen Patientinnen ausweisen, dass sie ihr Hautleiden mit Make-Up und mit einer Psychotherapie behandeln. Das gleiche Präparat ist in den USA und Europa bereits länger zugelassen, allerdings ohne vergleichbare Einschränkungen. Weshalb verweigert der Bundesrat den Leidenden grösstenteils eine erwiesenermassen wirkungsvolle Behandlung?

25.8158	DE FR IT	Fra. Weichert. Proben von Milch, Eier, Fleisch und Fisch auf TFA untersucht?	Auf meine Frage 25.7976 antwortet der Bundesrat, es lägen in der Schweiz «nur wenige Daten zum Ge- halt von Trifluor-Essigsäure (TFA) in Lebensmitteln» vor. - Haben BLV und Kantonschemiker bei ihren kürzlich erfolgten Untersuchungen die Lebensmittel Milch, Eier, Fleisch und Fisch auch auf TFA untersucht? - Wenn ja, was sind die Ergebnisse? - Wenn nein, warum nicht? - Was hätte eine zeitgleiche Untersuchung auf TFA gekostet und was kostet die Wiederholung der Mes- sungen für TFA?
25.8160	DE FR IT	Fra. Martullo. EU-Lebensmittelsicherheitsab- kommen: Folgen für Hofläden und Vereinsfeste	"Unabhängig vom Organisationsgrad" (siehe Erläu- ternder Bericht, S. 749) gelten Hofläden und Märkte in der EU als "Food Business Operator" nach EU- Verordnung 852/2004 mit Pflicht zu Eigenkontrolle, Allergenlisten, Etikettierung nach EU-Muster und Do- kumentation. Wie kommt Michael Beer, Vizedirektor des Bundes- amtes für Lebensmittelsicherheit, dazu zu sagen, dass sich für sie "nichts ändern" werde?
25.8161	DE FR IT	Fra. Martullo. Schweizer Lebensmittelrecht entspricht "zu 90%" EU-Recht	Das BLV sagt, dass sich mit dem Lebensmittelab- kommen nicht viel ändere, weil das Schweizer Recht bereits heute "zu über 90 Prozent" demjenigen der EU entspreche. - Wurden wirklich alle der 165 im Anhang des Le- bensmittelsicherheitsabkommens aufgelisteten EU- Rechtsakte und Durchführungserlasse in die Berech- nung einbezogen? - Wie wurde diese Zahl berechnet? Welche "rund 10 Prozent" des Schweizer Lebensmittelrechts weichen heute vom EU-Recht ab?
25.8162	DE FR IT	Fra. Martullo. Vorübergehende Anwendung von EU-Lebensmittelrecht	- Ist es zutreffend, dass die Schweiz neues EU-Recht gemäss Artikel 15 des Lebensmittelsicherheitsproto- kolls vorübergehend anwenden muss, noch bevor der betreffende Beschluss zur Integration überhaupt im Gemischten Ausschusses beschlossen wird? - Gilt die vorläufige Übernahme sogar dann, wenn die Schweiz im Gemischten Ausschuss rechtzeitig eine Meldung macht, neue Regelungen nicht über- nehmen zu wollen?
25.8163	DE FR IT	Fra. Glättli. Monsanto beeinflusste jahrzehn- telang regulatorische Entschei- dungen zu Glyphosat – wie rea- giert der Bundesrat auf die neue Risikosituation?	Eine wichtige wissenschaftliche Risikobewertung des weltweit meistverkauften Pestizids Glyphosat wurde zurückgezogen. Es wurde publik, dass Teile der Ar- beit von Angestellten des Chemiekonzerns Monsanto stammten, der Glyphosat herstellt. Die Studie hatte jahrzehntelang regulatorische Entscheidungen zum Pestizid beeinflusst, das im Verdacht steht, krebser- regend zu wirken. - Was tut der Bundesrat, nachdem die Studie als irre- führend bezeichnet werden muss? - Was sind die Konsequenzen für die Zulassung?

25.8170	DE FR IT	Fra. Wettstein. Unterliegt der ganze primäre Wirtschaftssektor bezüglich PFAS dem Grundsatz der Eigenverantwortung?	Auf meine Ip. 25.4175 führt der Bundesrat aus, dass Berufsfischer:innen dem Grundsatz der Eigenverantwortung unterliegen und somit selbst sicherstellen müssen, dass ihre Fische die PFAS-Höchstwerte (und andere Höchstwerte) einhalten. Dazu wird ihnen geraten, mit den zuständigen kantonalen Behörden zusammenzuarbeiten. - Gilt dieser Grundsatz auch für Landwirt:innen, welche ihre Produkte via Direktvermarktung verkaufen? - Falls nein, warum nicht? - Gilt der Grundsatz auch für Gärtnereien?
25.8177	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Einseitige Pläne gegen Rassismus mit Linksdrall	Am 8.12.2025 hat der Bundesrat seine nationale Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus präsentiert. 1. Warum wird der gegenwärtig grassierende muslimische Antisemitismus in der neuen Strategie nicht thematisiert? 2. Wird mit dieser Strategie die Meinungsfreiheit nicht insofern eingeschränkt, dass unbequeme Tatsachen nicht thematisiert werden dürfen? 3. Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass mit dieser Strategie die angeblich diskriminierten Minderheiten unter Denkmalschutz gestellt werden?
25.8181	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Finanzierung von Swissmedic durch die Gates-Stiftung	Laut eigener Medienmitteilung von Swissmedic (18.04.2024) hat Swissmedic eine Finanzierungsvereinbarung mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung (heute Gates-Stiftung) abgeschlossen. - Wie hoch sind die Beträge, die in den Jahren 2024 und separat 2025, von der Gates-Stiftung an Swissmedic überwiesen wurden? - Kann Swissmedic über den Einsatz der Mittel selbstständig verfügen? - Besteht gegenüber der Stiftung eine Verpflichtung, spezielle Technologien und Anbieter zu bevorzugen? Falls ja, in wie fern?
25.8182	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Revision EpG: Unterstützung bei der strategischen Kommunikation durch die GDK	Laut dem Sitzungsprotokoll der Steuerungsgruppe Revision EpG vom 11.11.2024 anbietet sich die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK), das BAG bei der strategischen Kommunikation zur Annahme der Teilrevision EpG zu unterstützen. - Mit welchen Mitteln/Beiträgen unterstützt die GDK das BAG bei der strategischen Kommunikation? - Weshalb unterstützt die GDK das BAG bei der strategischen Kommunikation zur Annahme der Teilrevision EpG?
25.8188	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Revidiertes Epidemiengesetz (EpG): Unklare Formulierung beim Einsatz der Krisenorgane des Bundes in Pandemiezeiten	Zwischen den Versionen des rev. EpG vom 11.2023 und 08.2025 wurde der einzige Satz geändert, der die Krisenorganisation beschreibt: - Weshalb wurde der Satz: „...Der Bundesrat entscheidet über den Einsatz der Krisenorganisation des Bundes“ in: „...Der Bundesrat entscheidet, ob die Krisenorganisation des Bundes in Funktion tritt“ verändert? Dies ist ein fundamentaler Unterschied. - Tritt die Krisenorganisation des Bundes nicht automatisch bei der besonderen Lage in Kraft? Falls nein, warum nicht?

25.8194	DE FR IT	Fra. Kolly. Medizinische Bildgebung in der Westschweiz: Wie hängen Moratorien, Untersuchungsvolumen und Kosten zusammen?	Mehrere Westschweizer Kantone, darunter Freiburg, haben vor Jahren ein Moratorium für neue medizinische Grossgeräte (MRI, CT) verhängt, und trotzdem gehören sie zu den Kantonen mit den höchsten Gesundheitskosten pro Einwohnerin und Einwohner. – Verfügt der Bund über Analysen und Zahlen zur Wirksamkeit dieser Moratorien? – Haben diese Moratorien das Leistungsvolumen der medizinischen Bildgebung sowie die Kosten verringert? – Führen die Kantone mit den meisten Geräten pro Einwohnerin und Einwohner mehr bildgebende Verfahren durch?
25.8202	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Weshalb werden die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission im revEpG nicht umgesetzt?	Die Geschäftsprüfungskommission beider Räte stellte im Bericht vom 17. Mai 2022 zur Corona-Pandemie mehrfach fest, dass wichtige Organe des Bundes, wie der BSTB und die EPK, gar nicht oder mangelhaft eingesetzt wurden. Sie ersuchte den Bundesrat, dies im Epidemiengesetz neu zu definieren. - Weshalb werden Bundesstab für Bevölkerungsschutz und die Eidg. Kommission für Pandemievorbereitung im Entwurf EpG mit keinem Wort erwähnt? - Welche Verbesserungen beim Einsatz von BSTB und EKP wurden vorgenommen?
25.8203	DE FR IT	Fra. Huber. Neues Epidemiengesetz: Epidemiologische Datenlage zu Prionenerkrankungen	- Verfügt das BAG über Meldedaten, Trends oder andere epidemiologische Hinweise, die auf eine Veränderung oder Zunahme von Prionenerkrankungen hindeuten? Falls nicht: Aus welchem Grund werden Prionenerkrankungen dennoch in Art. 37a EpG berücksichtigt? - Auf welche wissenschaftlichen Studien, Evaluationen, Expertengutachten, etc. stützt sich das BAG bei der Formulierung von Art. 37a? - Können diese Grundlagen vollständig offengelegt werden?
25.8204	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Fehlende rechtliche Grundlage für Grundrechtseinschränkungen	Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission des NR vom 30. Juni 2023 hält unter Abschnitt 5.2.2 fest: „Gemäss Artikel 36 Absatz 2 BV müssen Grundrechtseinschränkungen durch ein öffentliches Interesse oder durch den Schutz von Grundrechten Dritter gerechtfertigt sein“. - Sind BAG/Bundesrat immer noch der Meinung, dass die modRNA-Impfungen gegen eine Ansteckung und eine Weiterverbreitung geschützt haben? - Wenn Nein, wie beurteilt der Bundesrat heute die Einschränkungen der Grundrechte Ende 2021?
25.8211	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Beschränkung der Macht des Bundesrates im neuen Epidemiengesetz	Auf die Motion 21.3323, im Frühjahr 2021, antwortete der Bundesrat, dass die Bewältigung der Covid-Krise und die Rollen von Parlament und Bundesrat genau analysiert würden, sowie allfällige Modifikationen mit einem Revisionsentwurf des EpG dem Parlament vorgeschlagen werden. - Weshalb wird dem Parlament in der Teilrevision EpG keine tragende Rolle zuerkannt? - Wo sind diese neuen Prozesse definiert? - Wie wird das Parlament in die Entscheide zur besonderen oder ausserordentlichen Lage einbezogen?

25.8212	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Neues Gesundheitsabkommen mit der EU. Könnte die Schweiz bei der Bewältigung von Herausforderungen wie der COVID-Krise künftig noch eigenständig agieren?	Trotz teils disproportionaler Einschränkungen für die Menschen handelte die Schweiz während der COVID-Krise im Vergleich mit den EU-Ländern zeitweise pragmatisch; die Massnahmen waren weniger einschneidend, die Einschnitte in die Freiheit weniger gross. Was wäre bei COVID in der Schweiz (in Bezug auf Massnahmen wie Maskenpflicht, Impfung, Versammlungsverbote, Lockdown-Dauer, etc.) anders gelaufen, wenn das Gesundheitsabkommen mit der EU in Kraft gewesen wäre?
25.8214	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Jährliche Kosten durch Umsetzung der neuen EpG-Vorgaben	Laut der Kostenrechnung des BAG fallen durch die Teilrevision des Epidemienetzes jährliche Kosten von 50 Millionen Franken für den Bund und zuzüglich 30 Millionen Franken neue Kosten für die Kantone an. - Auf welche Budgetposten teilen sich diese Kosten auf? Wo ist die genaue Budgetrechnung zu finden? - Welches sind die 5 grössten Kostentreiber dieser gesamthaft 80 Millionen Franken? - Wie haben die Kantone auf diese neuen Kosten reagiert?
25.8216	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Missbrauch in Krisenzeiten verhindern	Der Fall der Stiftung www.meineimpfungen.ch hat in den Jahren 21/22 hohe Wellen geschlagen. Es kam zu massiven Datenschutzverletzungen und Interessenkonflikten. Das BAG war als Auftraggeber involviert. - Wurde der Auftrag für die Arbeiten von www.meineimpfungen.ch öffentlich ausgeschrieben? - Warum wurden nie eine Abnahme und Prüfung der vertraglich definierten Aufgaben durchgeführt? - Wie kann verhindert werden, dass auf internationaler Ebene (z. Bsp. WHO) ähnliche Missbrauchsfälle auftreten?
25.8217	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Rückweisung von Vorgaben der WHO	Wenn das Schweizer Parlament mit Vorgaben oder Empfehlungen der WHO nicht einverstanden sein sollte: - Wie sieht der genaue Prozess der Ablehnung aus? - Gibt es eine Beschreibung des Prozesses in seiner Gesamtheit hinsichtlich folgender Stufen: WHO spricht Empfehlung aus, BAG informiert Parlament, parlamentarische Beschlussfassung, Rückweisung an BAG, BAG informiert welche Stellen bei der WHO, mit Hilfe welcher rechtlichen Begründung?
25.8220	DE FR IT	Fra. Alijaj. Stärkung des Images der französischen Sprache in Bildung, Kultur und Medien	Welche konkreten Schritte beabsichtigt der Bundesrat in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien, um das Image der französischen Sprache zu verbessern und damit die Motivation von Schüler :innen zum Erlernen von Französisch langfristig zu sichern?
25.8221	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Abschliessende Aufzählung der Vorrechte und Befreiungen der Mitarbeitenden des ECDC	Zu 25.7954 antwortete der Bundesrat wie folgt: Die Bestimmungen über Vorrechte und Befreiungen im Gesundheitsabkommen kämen zur Anwendung, wenn Mitarbeitende des ECDC in die Schweiz reisen würden, etwa, um mit den Schweizer Behörden zusammenzuarbeiten und sie bei der Bewältigung schwerwiegender Gesundheitsbedrohungen zu unterstützen. Welche Vorrechte und Befreiungen würden den Mitarbeitenden des ECDC zukommen? Bitte genau und vollständig beschreiben und abschliessend aufzählen.

25.8228	DE FR IT	Fra. Wyssmann. ECDC, EU/CH-Gesundheitsabkommen: Vorrechte und Befreiungen von EU-Bediensteten	- Kann die Schweiz Ausweise, welche die Union ihren Bediensteten des ECDC (oder ähnlicher Institutionen) ausgestellt hat, und deren Gepäck eigenständig überprüfen und die Einreise resp. die Einfuhr gegebenenfalls verweigern? - Falls ja, unter welchen Umständen und Bedingungen? - Was genau darf die Schweiz (Bund, Kantone und Gemeinden) überprüfen und was nicht? - Ist es richtig, dass diesen EU-Bediensteten / Kontrolleuren quasi Diplomatenstatus zukommt? - Welche Missbrauchsfälle sind bekannt oder denkbar?
25.8222	DE FR IT	Fra. Steinemann. Entwicklung des Aufwands für das Eidg. Gleichstellungs-Büro	Im Rahmen der Beratung zum Budget 2026 entfachte zum Eidgenössischen Büro für Gleichstellung eine separate Debatte mit viel Polemik. Gemäss der zuständigen Bundesrätin hat dieser Posten seit 2020 ein Ausgabenwachstum von 70% erfahren, das seien 9% pro Jahr, die Kredite „Massnahmen“ seien seit 2020 um 60%, das heisst jährlich um 8% gestiegen. - Wie lauten die absoluten Zahlen für diese Jahre? - Wie hoch waren die Ausgaben für separate Kampagnen?
25.8231	DE FR IT	Fra. Wyssmann. EU-/CH-Gesundheitsabkommen: Mitgestaltungsrechte der Schweiz	- Hat die Schweiz beim geplanten Gesundheitsabkommen ein Mitbestimmungsrecht für die Ausgestaltung neuer Rechtsakte der EU, welche im Rahmen der Integrationsmethode dann zu übernehmen wären? - Falls nein, mit welcher Begründung nicht? - Falls ja, in welchen konkreten Bereichen und in welchen Bereichen nicht (bitte auch hier um genaue Begründung)?
25.8232	DE FR IT	Fra. Baumann. Wie läuft der Prozess für die vereinfachte Zulassung von Pflanzenschutzmitteln genau ab?	Mit der totalrevidierten PSMV ist neu eine vereinfachte Zulassung von Pflanzenschutzmitteln möglich. - Wie läuft der Prozess dafür genau ab? - Reichen Gesuchstellende dafür das gleiche Dossier ein wie in der EU? - Haben die Gesuchstellenden Zugriff auf die Beurteilungsberichte der EU-Mitgliedstaaten, die sie in der Schweiz einreichen müssen? - In welcher Form werden die Unterlagen eingereicht? - Wie werden die Anwendungsvorschriften für die spezifischen Gegebenheiten in der Schweiz angepasst?
25.8246	DE FR IT	Fra. Gutjahr. Regulierungsfolgenabschätzung zur Reform AHV2030	Die Leitlinien AHV2030 umfassen Massnahmen, die Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Selbstständige + KMU betreffen und zusätzlich belasten. - Wird der Bundesrat in der Vernehmlassung eine Regulierungsfolgenabschätzung in Auftrag geben, um die volkswirt. Auswirkungen des Vorhabens (Kosten, Nutzen, Verteilungswirkungen) zu analysieren + darzustellen? Falls Nein, wieso nicht? - Wie schlüsseln sich die Mehrkosten auf? - Warum wurde dies nicht schon bei der Präsentation der Leitlinien und Mehreinnahmen aufgezeigt?

25.8249	DE FR IT	Fra. Gutjahr. Neue AHV-Beitragspflicht für Kranken- und Unfalltaggelder im Rahmen der Reform AHV2030	Gemäss den vom Bundesrat am 26.11.25 präsentierten Leitlinien zur AHV-Reform 2030 sollen neu Kranken- und Unfalltaggelder nicht mehr von der Beitragspflicht der AHV befreit sein. - Auf welchen Beträgen sollen die AHV-Beiträge konkret abgezogen werden? - In welcher Höhe liegen sie und wer bezahlt sie konkret? - Wie soll diese Pflicht bei Kranken- und Unfalltaggeldlösungen gehandhabt werden, die sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden (z.B. in LGAV)?
25.8251	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Rev. EpG: Fragwürdige Entscheidungskonzentration beim BAG	Laut Bericht der Grundlagenstudie von Interface vom 20.4.2022 (S. 59, 2. Abs.), sollte der Bundesrat die Zuordnung der Science Task Force prüfen, da die Zuordnung zum BAG dazu führte, dass Vertreter fehlten, welche die gesamtheitlichen Auswirkungen von Massnahmen beurteilen konnten. - Weshalb fehlt im revEpG eine neue Ausrichtung der Science Task Force? - Wie kann sichergestellt werden, dass die Auswirkungen von Massnahmen auf Wirtschaft und Gesellschaft durch unabhängige Gremien beurteilt werden?
25.8255	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Eidg. Stiftungsaufsicht: Seit wann ist KI-Englisch eine schweizerische Amtssprache?	- Setzt die eidgenössische Stiftungsaufsicht künstliche Intelligenz oder andere unzuverlässige Methoden ein, um Stiftungen mit automatisierten Schreiben aufzufordern, Jahresberichte und dergleichen einzureichen (Beispiel: "...the string was not recognized as a valid Data Time")? - Wie kann man sich sonst erklären, dass diese Anforderungen automatisiert und schwere Fehler enthalten, bis zur Unleserlichkeit? - Wie geht die eidg. Stiftungsaufsicht damit um, dass sie dadurch ungültige Verfügungen erlässt?
25.8257	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Überprüfung der Covid 19-Impfstoffe bei Kindern und Jugendlichen	In den USA wurde ein internes Memo der FDA bekannt, in dem von mindestens 10 Todesfällen bei Kindern die Rede ist, die möglicherweise im Zusammenhang mit Myokarditis nach einer Covid 19-Impfung stehen sollen. Die zugrunde liegenden Fälle stammen aus VAERS und einer internen Bewertung, wurden jedoch nicht öffentlich offengelegt. Wie beurteilt das BAG diese Meldungen, insbesondere die Aussagekraft solcher VAERS-Signale und deren mögliche Relevanz für die Schweiz?
25.8267	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Häusliche Gewalt - was sind die wahren Ursachen?	2024 wurden in der Schweiz 21'127 Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt registriert, was einer Zunahme um 6% gegenüber 2023 entspricht. Wie hoch ist die Kriminalitätshäufigkeit betreffend häuslicher Gewalt, Tötungsdelikte, einfacher und schwerer Körperverletzungen (Anteil im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe) von a) Schweizer Männern, b) Schweizer Frauen, c) ausländischen Männern, d) ausländischen Frauen, e) männlichen Asylmigranten, f) weiblichen Asylmigranten?

25.8273	DE FR IT	Fra. Trede. Kostendeckende Erträge aus dem Artenschutz?	Die Schweiz stellt jährlich rund 100'000 Bewilligungen für den Handel mit gefährdeten Pflanzen- und Tierarten aus und führt gegen 20'000 Einfuhrkontrollen durch. Dafür erhebt sie Gebühren von ca. CHF 4 Mio. Laut EFK dürften diese Gebühren nicht kostendeckend und damit eine Subvention mit biodiversitätsschädigender Wirkung sein. Angesichts der laufenden Debatten um den Finanzhaushalt: Ist der Bundesrat bereit, hier kostendeckende Gebühren einzuführen? Wenn ja, bis wann? Wenn nein, warum nicht?
25.8277	DE FR IT	Fra. Weichert. Verbesserung der Datenlage zur Gewalt gegen Menschen mit Behinderung: wo stehen wir?	Im Bericht zum Postulat 20.3886 (Roth) sind Massnahmen vorgesehen, um die Datenlage zur Gewalt an Menschen mit Behinderung zu verbessern (Massnahme 1 und 2). Ein Zwischenbericht zur Umsetzung war für 2025 angekündigt. - Was wurde unternommen, um die Datenlage zur Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen zu verbessern und so den Schutz auf evidenzbasiertes Wissen zu stützen? - Wann wird der Zwischenbericht veröffentlicht?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

25.8120	DE FR IT	Fra. Wyssmann. EU-/CH-Paket: Wie realistisch ist die Schadlosforderung des Kantons Solothurn vom 28.10.2025?	Gemäss Vernehmlassung der KdK hat die Umsetzung des EU-/CH-Pakets für die Kantone sowohl personelle als auch finanzielle Auswirkungen. Der Kanton Solothurn ist derzeit bemüht, seinen Finanzhaushalt zu stabilisieren. Er forderte deshalb mit Stellungnahme vom 28.10.2025, dass der Bund, der das Vertragspaket verhandelt hat, die Kantone finanziell schadlos hält und sowohl personelle wie auch finanzielle Mehraufwände entschädigt. Wie beurteilt der Bundesrat die Forderung des Kantons Solothurn?
25.8121	DE FR IT	Fra. Schläpfer Therese. Offizieller Begriff für die EU - Verträge	An der Medienkonferenz des Bundesrates zu den EU-Verträgen vom 15. Dezember 2023 hat Herr Bundesrat Cassis erklärt, dass die EU den Begriff Bilaterale III nicht goutiert. Dies zeige, dass die Schweiz spezielle Rechte habe und das will die EU nicht. Weshalb verwendet der Bundesrat den Begriff Bilaterale III trotzdem, obwohl die EU diesen Begriff ablehnt?
25.8159	DE FR IT	Fra. Wyssmann. EU/ Schweiz-Verträge: Hat der Bundesrat die Reihenfolge des Inkrafttretens im Griff?	- Wie ist die Vereinbarung mit der EU über das Inkrafttreten der vier Teilabkommen? Werden die neuen Verträge als ganzes Paket in Kraft gesetzt? Falls nein, wie dann? - Welche Folgen treten ein, wenn bspw. die "Institutionellen Elemente" abgelehnt werden? - Fallen dann die neuen Abkommen (Gesundheit, Lebensmittel und/ oder Strom) weg? - Falls etwa das Stromabkommen angenommen wird, die übrigen Abkommen aber nicht: Ist das ganze Vertragspaket hinfällig? - Was wird die EU in solchen Szenarien akzeptieren?

25.8164	DE FR IT	Fra. Martullo. EU-Verträge: Übernahme von Querschnittserlassen I	Im Interview mit der NZZ vom 2. Dezember 2025 sagt Staatssekretärin Helene Budliger Artieda, dass die Schweiz das EU-Lieferkettengesetz oder die Entwaldungsverordnung wegen der neuen Verträge nicht übernehmen müsse. - Wo in den Vertragsdokumenten der Schweiz mit der EU ist dies so festgehalten? - Ist es nicht vielmehr so, dass Querschnittserlasse für die Vertragsbereiche ebenfalls gelten, insbesondere wenn es sich um neue Regulierungen handelt?
25.8165	DE FR IT	Fra. Martullo. EU-Verträge: Übernahme von Querschnittserlassen II	In welchem Fall gelten neue EU-"Querschnittserlasse" oder Änderungen derselben für die Schweiz? Wenn sie Vertragsbereiche betreffen?
25.8166	DE FR IT	Fra. Martullo. EU-Rechtsübernahme mit Äquivalenzmethode	Gemäss Aussage in der Kommission werden EU-Erlasse nicht nur bei der Integrationsmethode, sondern auch bei der Äquivalenzmethode direkt (ohne Schweizer Gesetz oder Verordnung) Teil der Schweizer Rechtsordnung. Dies insbesondere dann, wenn sie detailliert von der EU erlassen werden. Dann geht kein Gesetz mehr durch das Parlament und kein Referendum ist möglich. Stimmt das?
25.8167	DE FR IT	Fra. Martullo. Volksabstimmung über EU-Rechtsübernahme	- Wie kann das Volk über die Übernahme einer neuen EU-Regelung abstimmen, wenn es dazu keine Rechtsakte in der Schweiz mehr gibt? - Ist ein Referendum gegenüber der Übernahme dann noch möglich?
25.8168	DE FR IT	Fra. Martullo. Ständemehr bei Volksinitiativen, aber nicht beim EU-Vertragspaket	- Was passiert bei einer Volksinitiative, die die Übernahme einer neuen EU-Regulierung ausschliesst? - Müsste eine solche Initiative das Ständemehr erreichen? - Falls ja: Warum braucht dann die Unterzeichnung des Vertragspakets mit der Übernahmepflicht kein Ständemehr? - Hat das Volk soviel weniger Recht als die EU in der Schweiz?
25.8173	DE FR IT	Fra. Berli Rudi. Westjordanland: Zerstörung der Saatgutbank in Hebron	Am 1. Dezember griff die israelische Armee den Sitz der Union of Agricultural Work Committees im Westjordanland an, dem palästinensischen Mitglied der internationalen Bewegung La Via Campesina. Dabei wurde die Infrastruktur der palästinensischen Saatgutbank in Hebron zerstört, die das pflanzengenetische Erbe Palästinas enthält. Beabsichtigt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, um die bedingungslose Freilassung der Festgenommenen zu erreichen und eine unabhängige Untersuchung der Beschlagnahme und Zerstörung des Materials zu veranlassen?

25.8179	DE FR IT	Fra. Gafner. Zwischenbericht zur EU- Vernehmlassung, auf welcher Rechtsgrundlage beruht diese Interpretation?	Im Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren steht, dass bei Vernehmlassungen jede Person teilnehmen kann und alle Stellungnahmen "zur Kenntnis genommen, gewichtet und ausgewertet werden". Das war bis anhin so. Im Zwischenbericht zur EU-Vernehmlassung lesen wir: Total 1'376 Stellungnahmen. An der Pressekonferenz wurde nur von 318 gesprochen. 74% davon seien positiv. Zählt man die 1'058 Eingaben dazu, bricht ihre breite Unterstützung auf 17% zusammen. Auf welcher Rechtsgrundlage taten Sie das?
25.8190	DE FR IT	Fra. Knutti. Wie werden kantonale und kommunale Kompetenzen geschützt und warum sollen neue übergeordnete internationale Normen nicht dem obligatorischen Referendum unterstehen?	1. Kann der Bundesrat garantieren, dass die Rechte und Kompetenzen der Kantone sowie Gemeinden nach dem allfälligen Inkrafttreten der neuen Verträge nicht weiter tangiert oder beschnitten werden als bereits zum Stichdatum? 2. Das Bundesgericht hat Völkerrecht, u.a. das Freizügigkeitsabkommen, über das Schweizer Recht inklusive Bundesverfassung gestellt. Weshalb sollten neue Normen, die über allen unseren innerstaatlichen Bestimmungen stehen, nicht dem obligatorischen Referendum unterstellt werden?
25.8191	DE FR IT	Fra. Knutti. Welche Unterschiede bestehen zwischen Änderungen in Abkommensteilen und Anhängen für die Schweizer Verfahren und Optionen?	Inwiefern unterscheiden sich Änderungen seitens EU in den Abkommensteilen von Änderungen in den Anhängen bezüglich unseren innerstaatlichen Verfahren und Handlungsoptionen konkret?
25.8192	DE FR IT	Fra. Knutti. Bleibt der gewohnte Gesetzgebungsablauf bestehen oder führen die Fristen gemäss EU-Verträgen zu Zeitdruck?	Kann der Bundesrat bestätigen, dass es in jedem Fall reichen wird - bei erkanntem Widerspruch im Gemischten Ausschuss hinsichtlich zu übernehmen der Normen der EU mittels der Integrationsmethode – alle gängigen Handlungen der Schweiz gemäss innerstaatlichem Rechtssetzungsverfahren nach gewohntem Ablauf und der üblichen Dauer (inklusive Botschaft, Vernehmlassung, Beratung etc.) zu gewähren oder ist mit einer Beschleunigung zu rechnen wegen der strikten Fristen gemäss EU-Verträge?
25.8195	DE FR IT	Fra. Knutti. Wie gross ist der Aufwand für die Prüfung von EU-Rechtsakten und wo bleibt die Gleichberechtigung bei der dynamischen Rechtsübernahme?	- Wie hoch wird der Aufwand in FTE und durchschnittlichen Personalkosten für die Schweizer Unternehmer und die Verwaltung geschätzt, um alle Urteile und Rechtsakten zu prüfen, umzusetzen, zu informieren? - Ist es richtig, dass die Schweiz bei der dynamischen Rechtsübernahme Rechtsakte der EU zu übernehmen hat, nicht aber umgekehrt? Wie kann dabei von «Gleichberechtigung» und «Augenhöhe» die Rede sein?

25.8196	DE FR IT	Fra. Knutti. Welche Auswirkungen hat die EU-Rechtsentwicklung auf die Schweiz?	Zum institutionellen Protokoll zum Freizügigkeitsabkommen: 1. Ist es richtig, dass die EU eine Vereinheitlichung der Rechtsordnung anstrebt? 2. Mit wie vielen neuen Rechtsakten der EU pro Jahr, die die Schweiz zu übernehmen hat, rechnet der Bundesrat? 3. Wie viele EuGH-Urteile müsste die Schweiz neu pro Jahr geschätzt berücksichtigen bezüglich aller Vertragspakete (Stabilisierung und Weiterentwicklung)?
25.8229	DE FR IT	Fra. Tuena. Was macht die EU aus Sicht des Bundesrates besser als die Schweiz?	Der Bundesrat lobt die Europäische Union (EU). In diesem Zusammenhang möchte ich vom Bundesrat wissen, was aus Sicht des Bundesrates die Europäische Union besser macht als die Schweiz.
25.8243	DE FR IT	Fra. Wyssmann. EU-Schweiz-Vertragspaket: Zusätzlich, bis heute nicht erkannter Regulierungsbedarf auf Bundesstufe	Der nationale Regulierungsbedarf durch das EU-Schweiz-Vertragspaket ist gross. Neben zahlreichen Bundesgesetzen müssten auch zahlreiche Erlasse auf subalternen Stufe geändert und neu gefasst werden. Welche Verordnungen, Wegleitungen, Kreisschreiben, Richtlinien und welche weiteren Verwaltungsanordnungen, die die einheitliche Rechtsanwendung sicherstellen sollen, aber rechtlich keine Gesetzeskraft besitzen, müssten nach Inkraftsetzen des EU-Schweiz-Vertragspakets neu gefasst werden?
25.8258	DE FR IT	Fra. Molina. Anerkennung Palästinas durch die Schweiz: Ignoriert Bundesrat Cassis die Fakten und den Volkswillen?	In ihrer völkerrechtlichen Beurteilung vom 11.09.25 hält die Direktion für Völkerrecht (DV) fest, dass die Voraussetzungen für eine bilaterale Anerkennung Palästinas erfüllt seien und der Entscheid politisch sei. An einer Medienkonferenz vom 26.11.25 sagte Bundesrat Cassis das Gegenteil. - Teilt der Bundesrat die DV-Einschätzung? - Berücksichtigt er die laut repräsentativer Umfrage mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung?

Büro

25.8275	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Auf welchem Sessionsprogramm? Ausländische Online-Verkaufsplattformen und parlamentarische Vorstösse zur Einhaltung unserer Gesetze	Meine im Dezember 2024 eingereichte Motion 24.4619, die von Kolleginnen und Kollegen aller Parteien mit gleichlautenden Motionen unterstützt wird, fordert eine Regulierung und Massnahmen sowohl zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten, die Produkte online kaufen, als auch zum Schutz des Schweizer Handels, der unlauterem Wettbewerb ausgesetzt ist: Sobald der Verkauf in unserem Land erfolgt, müssen Online-Verkaufsplattformen auch unsere Gesetze einhalten. - Warum wurde dieses Geschäft immer noch nicht in der Beratungskategorie IV ins Sessionsprogramm aufgenommen? - Wer hat das so entschieden?
25.8284	DE FR IT	Fra. Roduit. Kann man als Parlamentsmitglied noch ungehindert tätig sein?	Nach der Abstimmung über das Budget für die Gleichstellung von Mann und Frau wurden mehrere Parlamentsmitglieder, die dem Vorschlag des Bundesrats zur Ablehnung zusätzlicher Mittel gefolgt waren, gezielt und organisiert mit mehreren hundert identischen einschüchternden E-Mails überflutet. Stundenlang waren ihre parlamentarischen E-Mail-Postfächer überlastet, was ihre Arbeit erheblich beeinträchtigte. Beabsichtigt der Bundesrat, auf solche inakzeptablen Vorgehensweisen zu reagieren?